Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Molkenbuhr, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313). Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 272 — Donnerstag, den 20. November 1930 — 5. Jahrgang

Arbeiter und Krise

Eine Kundgebung der Gewerkschaften in Düsseldorf.

Düsseldorf, 20. November. (Eig. Funkm.). Auf einer Kundgebung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sprach am Mittwoch vor etwa 1800 Gewerkschaftsfunktionären aus Rheinland und Westfalen der Bundesvorsitzende Leipart/Berlin über „Gewerkschaften und Wirtschaftskrise". Da niemand, so führte er u. a. aus, ein Mittel kenne, um die Wirtschaft von heute auf morgen wieder anzukurbeln, müsse zu Notmaßnahmen gegriffen werden. Die von den Gewerkschaften geforderte gesetzliche

Einführung der 40-Stundenwoche

nebst ihren sinngemäßen Ergänzungen biete die Möglichkeit der Wiedereingliederung von rund einer halben Million Erwerbslosen in die Betriebe. Die Gegenvorschläge der Arbeitgeber, Lohnkürzung oder Verlängerung der Arbeitszeit, seien abzulehnen, da es etwa ein Jahr dauern würde, bis sich die Lohnsenkung in einer Preissenkung auch für den letzten Verbraucher auswirken würde. Eine Lohnkürzung würde sich auch sofort in einem ebenso großen Kaufkraftausfall auswirken. Diese Vorschläge bedeuteten eine weitere Gefährdung der Wirtschaft. Deshalb hätten die Gewerkschaften die Schiedssprüche der letzten Zeit als einen Schlag gegen die Wirtschaft empfunden. Sie verlangten weiter ein angemessenes Gleichgewicht zwischen der Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung und der Kaufkraft der industriellen Bevölkerung. Leipart faßte seine Ausführungen zusammen in folgende

Leitsätze:

1. Kampf für die Revision und die schließliche Aufhebung der Reparationsverpflichtungen, wobei wir uns klar darüber sind, daß der Erfolg nur allmählich und nur durch innere Geschlossenheit des deutschen Volkes gegenüber dem Ausland zu erzielen ist.
2. Entkastung der Wirtschaft, in erster Linie durch Sanierung der öffentlichen Finanzen, denn gesunde Finanzen sind Voraussetzung und Rückhalt einer gesunden Wirtschaft.
3. 40-Stundenwoche als Notmaßnahme, die allmählich die Gesundung der Wirtschaft vorbereiten kann.
4. Keine Senkung der Reallöhne, weil sie den Aufschwung der Wirtschaft verhindert.
5. Angleichung des deutschen Preiskegels an die Weltmarktpreise durch Bekämpfung unwirtschaftlicher Preisbindungen, durch Kartellkontrolle und Zollsenkungen.
6. Förderung einer zeitgemäßen Umstellung in der Landwirtschaft ohne Kaufkraftverschiebung zu Ungunsten der Arbeiterschaft. Kampf dem Uebergewinn im Zwischenhandel, die den Verbraucher ebenso ausbeuten wie die Erzeuger.
7. Kampf dem heutigen Zunftgeist der Innungen, die durch Verteuerung lebenswichtiger Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft schweren Schaden zufügen.
8. Förderung des genossenschaftlichen Zusammenschlusses bei Produzenten und Konsumenten. Unterstützung aller Bestrebungen, die die Genossenschafter der Erzeuger und Verbraucher zu gemeinsamen Handeln zusammenführen.

Leipart schloß seine Ausführungen mit dem Appell an die Gewerkschaftsfunktionäre, die Mitglieder und die große Zahl der immer Unentschiedenen zu stärken im Glauben an das Recht und den Erfolg gewerkschaftlichen Kampfes.

„Ueber Wirtschaftskrise und Kapitalismus"

sprach dann Naphtali-Berlin von der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik. Er erklärte u. a., daß die Reparationen gewiß eine schwere Last für die deutsche Wirtschaft bedeuteten, daß es aber falsch sei, die entscheidende Ursache der Wirtschaftskrise in den Reparationen zu erblicken. Die wirtschaftlichen Störungen in der Welt würden durch die Reparationen ohne Zweifel verschärft, **ihre Grundursache liege jedoch in der kapitalistischen Erzeugungsweise und im Verteilungssystem.** Es sei weiter falsch, wenn gesagt werde, daß es die Rationalisierung sei, die an der Wirtschaftskrise die Schuld trage. Wenn die deutsche Wirtschaft dem Zwange der Rationalisierung nicht gefolgt wäre, würde die Krise heute noch schärfer sein; denn bei einer technisch zurückgebliebenen Industrie wären wir nicht wettbewerbsfähig. Der Redner erklärte zum Schluß, die Löhne müßten so aufrechterhalten werden, daß zum mindesten ihre Senkung, soweit sie im Verlauf der Krise unvermeidlich sei, der Preissenkung zeitlich so folgt, daß mit ihr keine Verminderung, sondern eine Steigerung der Massenkaufkraft verbunden sei.

Der französische Spion.

Als Kronzeuge der Nazis für den „Dolchstoß".

Die Hugenberg- und Nazipresse hat, wie wir kürzlich schon mitteilten, einen neuen Kronzeugen für die berühmte Dolchstoßlegende erhalten. Bei den ausgezeichneten Verbindungen, die die so „nationale" Bewegung der Hakenkreuzler mit unseren ehemaligen Kriegsgegnern unterhält, erscheint es beinahe als eine Selbstverständlichkeit, daß dieser Kronzeuge aus Frankreich stammt. Es ist der Leutnant Pierre Desgranges, der während des Krieges ein Doppelleben führte: Geheimspionage mit dem französischen Generalstab und Lebensmittelhandel für das blockierte Deutschland. Mussolini in Rom, Herve in Paris, Lord Rothermere in London, der Zeitungskönig Hearst in Newyork sie alle hat der deutsche Nationalsozialismus in Anspruch genommen, um für seine Sache zu wirken. Zu ihnen tritt jetzt der französische Spion Desgranges.

Wer ist Desgranges?

Herr Josef Crozier hatte sich vor dem Kriege in Brüssel mit irgend welchen Geschäften befaßt. Nach der Besetzung Belgiens durch die deutschen Truppen kehrte er in seine Heimatstadt Lyon zurück. Im Dezember 1914 erhielt er vom Geheimen Nachrichtendienst des französischen Generalstabes den Auftrag, sich nach Barcelona zu begeben, um dort die Ausfuhr von Kriegsmaterial und kriegswichtigen Metallen zu überwachen. Einige Monate später wurde er mit einem ähnlichen Auftrag nach Holland entsandt. Hier leitete er als Leutnant Desgranges ein Spionagebüro, als Kaufmann Crozier errichtete er ein umfangreiches Importgeschäft für Oele und Fette. Die Erinnerungen dieses dunklen Lebens hat Crozier-Desgranges in einem Buche veröffentlicht, das im vorigen Jahre in französischer Sprache, vor einigen Monaten in deutscher Uebersetzung erschienen ist. Er selbst sagt, daß zwar die Ergebnisse seiner Spionagetätigkeit sorgfältig aufgeschrieben wurden, daß er aber bei der Schilderung der Ereignisse „zu meinem Gedächtnis allein Zuflucht nehmen" mußte. Daraus ist ein Gemenge von Dichtung und Wahrheit entstanden, bei dem die Fantasie des französischen Spions üppig wuchern konnte.

Der Spion und die deutsche Revolution.

Ueber den allergrößten Teil des Buches geht die nationalsozialistische Presse mit Stillschweigen hinweg, mit um so größerem Eifer stürzt sie sich auf die Erzählungen des Spions über seine angeblichen Beziehungen zu angeblichen deutschen Revolutionären, um daraus zu folgern: Die deutsche Sozialdemokratie hat den Dolchstoß gegen das siegreiche deutsche Heer geführt und sie wurde dafür von Frankreich bezahlt. Schon wird daran in der Rechtspresse die Behauptung geknüpft, Scheidemann, Dittmann, Crispien und andere sozialdemokratischen Führer hätten im Solde Frankreichs die Revolution in Deutschland durchgeführt. Gegenüber diesen Verleumdungen sind bereits Klageanträge gestellt und es wäre nur zu wünschen, daß recht bald in öffentlicher Gerichtsverhandlung den Verleumdern das Handwerk gelegt werden kann. Inzwischen aber wollen wir sehen, was Desgranges wirklich über dieses Thema schreibt.

Unter Clemenceau hatte Desgranges den Auftrag erhalten, die Auswirkungen der Blockade auf Deutschland zu beobachten. Die militärischen Stellen in Paris waren nun der Meinung, daß Deutschland die russische Revolution aktiv gefördert habe und sie glaubten, etwas ähnliches in Deutschland unternehmen zu können. Ein General fragt bei ihm an, welche Summe nötig wäre, um am besten an die „sozialistische Minderheit" heranzukommen. Es findet sich aber in dem ganzen Buche keine einzige Stelle, aus der geschlossen werden könnte, daß solche Zahlungen tatsächlich geleistet worden seien. Desgranges muß selbst zugeben, daß niemand daran geglaubt habe, die Revolution „machen" zu können. Es habe sich nur darum gehandelt, sie auszubeuten. Wörtlich fügt er hinzu: „Aber das Elend des Volkes und die Ahnung der Niederlage waren die ersten Urheber und die wahre Ursache der Wirren in Deutschland." Im übrigen hat Clemenceau selbst die „revolutionäre" Tätigkeit des Spions unterbunden.

Das „geheime" terroristische Komitee.

Es ist wahrscheinlich, daß Desgranges als Großkaufmann Crozier sich Eingang in die Kreise deutscher Emigranten und Deserteure in Holland verschafft und dort die Rolle eines Lockspitzels gespielt hat. Man muß schon im Wortlaut genießen, was der Spion darüber schreibt. Hören wir:

„In Wymkoops Hause in Amsterdam wurde Pierre Desgranges den Organisatoren der deutschen Revolution vorgestellt. Sein erster und hauptsächlicher Mentor war Piecke vom Komitee in Berlin; er traf ihn später als Kommandanten der Revolutionstreitkräfte im Rheinlande, dann als Mitglied des großen „Liebknecht-Ledebour-Piecke-Protestkomitees" wieder, das heißt als einen der wirklichen Führer der deutschen Revolution.

Die intellektuelle Leitung der Bewegung, die anfangs mit dem Namen „Fabrikarbeiterorganisation" bezeichnet wurde, lag der Mehring-Partei ob, zu deren Mitglieder auch Liebknecht und Rosa Luxemburg gehörten. Aber die effektive Leitung ruhte in den Händen eines geheimen terroristischen Komitees, in dem Pierre Desgranges ein Platz vorbehalten war.

Die revolutionäre Partei wurde dann „Minderheitssozialisten" genannt. Ihr linker Flügel bildete unter Franz Mehring die Spartakus-Partei. Ihnen standen die vorzüglichen organisierten Mehrheitssozialisten gegenüber, die frühere Sozialdemokratie, unter Leitung von Scheidemann. Zwischen beiden

Protest der Beamten.

Gegen den vorzeitigen Gehaltsabbau.

Die Beamtenorganisationen erheben gegen den Beschluß der Reichsratsausschüsse, die Gehaltskürzung bereits am 1. Februar eintreten zu lassen, scharfen Protest.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes erklärt in eine Protestentschließung, daß wieder einmal „ohne sachliche Begründung die Beamten lediglich als Ausgleichsobjekt für politische Schwierigkeiten verwendet" würden. Wenn die amtliche Kundmachung es so darstelle, als ob es sich um die Deckung eines Mehraufwands handle, zu dessen „Tragung" die Länder einen „Ausgleich" erhalten müßten, so sei demgegenüber festzustellen, daß die geplante Gehaltskürzung bei den Landes- und Gemeindebeamten eine Ausgabenersparnis von mindestens 270 Millionen Reichsmark ausmacht, von der nach dem Vorschlag der Reichsregierung die Länder 170 Millionen erhalten sollten, während das Reich 100 Millionen für sich beanspruche. Es handele sich also bei der Vorverlegung des Termins lediglich um die Absicht einer Erhöhung der auf Kosten der Beamtenschaft erzielten Mehreinnahmen der Länder, keineswegs aber um einen Ausgleich für Mehrausgaben. Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes protestiere daher gleichzeitig gegen die Form der amtlichen Bekanntmachung, die geeignet sei, auch dieses neue, der Beamtenschaft zugemutete, einseitige Opfer in gänzlich falschem Lichte erscheinen zu lassen. —

Die Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes hat dem Reichsrat folgenden einstimmig gefaßten Beschluß zugeleitet: „Die Leitung des Deutschen Beamtenbundes ist erstaunt und empört über den Beschluß der Reichsratsausschüsse, wonach die von der Reichsregierung für den 1. 4. nächsten Jahres geplante Gehaltskürzung bereits am 1. Februar eintreten soll. Die Beamtenschaft hat jederzeit Verständnis für sachlich begründete Notwendigkeiten bewiesen. Sie lehnt jedoch entschieden ab, zum Objekt eines politischen Geschäfts gemacht zu werden. Die Bundesleitung erwartet von der Vollsitzung des Reichsrats, daß sie dem Beschluß seiner Ausschüsse nicht zustimmt."

Scholz tritt ab.

Dingeldey als neuer Führer der Volkspartei.

Der Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz hat seine Aemter als Vorsitzender der Partei und der Reichstagsfraktion niedergelegt. In einem Schreiben an den Vorstand der Volkspartei schlägt Dr. Scholz den Reichstagsabgeordneten Dingeldey als seinen Nachfolger vor. Der engere Vorstand der Volkspartei hat daraufhin einstimmig beschlossen, dem Zentralvorstand, der zum 30. November nach Berlin einberufen ist, die Wahl Dingeldeys zum Parteivorsitzenden zu empfehlen.

Scholz begründet seinen Rücktritt mit seinem Gesundheitszustand, der u. W. in der Tat viel zu wünschen übrig läßt. Trotzdem spielen bei seinem Verzicht auf die Führung der Volkspartei politische Gründe mit. In seinem Abschiedsbrief spricht Scholz zum Schluß von einer „unzweifelbaren Niederlage", die seine Partei bei den letzten Wahlen erlitten hat. Diese Niederlage, das mangelhafte Geschick des Herrn Scholz bei den Verhandlungen um die große Mittelpartei kurz vor den Wahlen und seine Niederlage in dem Kampf um die Präsidentenschaft des Reichstags sind es gewesen, die ihn in weiten Kreisen seiner Partei um ein gutes Stück des Vertrauens gebracht haben und es maßgebenden Kreisen der Volkspartei dringend angebracht erscheinen ließen, ihm den Rücktritt von der Führung der Partei anzuempfehlen. Man hat den Rücktritt des Herrn Scholz nicht erzwungen, aber man kann ebensowenig sagen, daß er von sich aus ohne Initiative von dritter Seite seinen Abschied genommen hätte. Die Opposition gegen ihn ist in den letzten Wochen von Tag zu Tag größer geworden. Die Kräfte, die gegen ihn standen, drängten tagtäglich stürmischer nach einer Aenderung in der Führung der Partei. Dieser Situation hat Herr Scholz nicht ohne anfängliches Widerstreben in der Erkenntnis Rechnung getragen, daß sonst in aller Kürze über seinen Kopf hinweg gehandelt worden wäre. Insofern kann man auch Herrn Scholz wie Herrn Koch von der Staatspartei als Opfer jener Krise bezeichnen, in der sich z. Zt. sämtliche bürgerlichen Parteien befinden.

Es ist nach dem Beschluß des engeren Vorstandes der Volkspartei anzunehmen, daß Dingeldey der Nachfolger des Herrn Scholz als Führer der Volkspartei wird. Er vertritt innerhalb der volksparteilichen Reichstagsfraktion die gemäßigte Richtung und gilt auch außerhalb seiner Partei als besonnener Politiker.

Zusammenbruch einer Aktion.

Das Urteil im Ulmer Reichsbanner-Prozeß.

Ulm, 19. November. (Eig. Drahtb.). Am Dienstag wurde im Ulmer Reichsbanner-Prozeß das Urteil gefällt, das einen glatten Zusammenbruch der groß aufgezogenen Anklage bedeutet. Der Obmann des Reichsbanners, Friedrich, den die Anklage als Rädelsführer bezeichnet hat, sowie die Angeklagten Wolff, Rall, Ziegler, Bucher, Hammer, Diewock, Hermann, Mieroff und Battram wurden freigesprochen. Verurteilt wurden der Angeklagte Wiedemann wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz zu sechs Tagen Haft und wegen Körperverletzung zu 24 Tagen Gefängnis, der Angeklagte Kroll wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz zu drei Tagen Haft und wegen Körperverletzung zu 21 Tagen Gefängnis, der Angeklagte Säll wegen Körperverletzung zu 14 Tagen Gefängnis.

So zweifelhaft es ist, ob selbst diese Strafen als berechtigt anerkannt werden können, so bedeuten sie doch den Zusammenbruch einer Polizei- und Justizaktion, die den Zweck hatte, dem Reichsbanner einen Strick zu drehen. Dieser Streich ist mißglückt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919301120-18/fragment/page=0001

Parteien stand die Gruppe der Unabhängigen Sozialisten um Haase."

Hier haben wir den typischen Bericht eines Lockspitzels vor uns, der etwas über die damaligen Verhältnisse in der Arbeiterbewegung gehört hat, aber nicht recht weiß, wie er sie zusammenreimen soll.

Einige notwendige Feststellungen.

Es gab bis zum Ende des Krieges nur die alte Sozialdemokratische und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Man kannte weder eine „revolutionäre" noch eine „Spartakuspartei". Die wenigen Anhänger der Spartakusbriefe haben sich erst nach dem Kriege zur Partei organisiert. Das „Liebknecht-Ledebour-Piecke-Protestkomitee", die „Fabrikarbeiterorganisation" und das „geheime terroristische Komitee" sind willkürliche Erfindungen des französischen Spions. Daß der jetzige kommunistische Reichstagsabgeordnete Pieck, der hier als Piecke bezeichnet wird, einstmals „Kommandant der Revolutionstruppen im Rheinland" gewesen ist, wird er bisher wohl selbst nicht gewußt haben.

Auf demselben Niveau stehen die Behauptungen Desgranges, daß die deutsche Regierung bedeutende Mengen Waffen und Munition zur Förderung der Revolution nach Rußland geschickt hätte. Die eifrigsten Boten seien immer die unabhängigen Sozialisten gewesen, „die den Russen nur einen Teil der Waffen ablieferten und den Rest für den Endkampf aufhoben". Das ist nicht mehr Phantasie, sondern blanker Unsinn. Man stelle sich vor, daß die deutsche Generalität sich ausgerechnet der Unabhängigen Sozialdemokratie zum Waffentransport bedient hätte! In dieselbe Kategorie gehört auch die folgende Stelle:

„Die erste Todesstunde des deutschen Reiches schlug im Jahre 1918, als der Generalstreik in Berlin ausbrach und 300 000 Arbeiter sich unter der Fahne der Revolution sammelten. Der Hauptorganisator dieses Streiks war der ehemalige Führer u. anerkannte Chef der Sozialdemokratischen Partei. Der Streik brach trotz der Bemühungen der Sozialdemokratie und der von ihr abhängigen Arbeiterorganisationen aus."

Hier steigt der Unsinn zum offenbaren Blödsinn auf. In dem einen Satz soll die Sozialdemokratische Partei den Berliner Streik organisiert haben, in dem nächsten Satz aber ist der Streik gegen ihren Willen ausgebrochen. In Wirklichkeit ist dieser Streik weder von einem der Führer noch einem „anerkannten Chef" der beiden damaligen sozialdemokratischen Parteien organisiert worden.

Was die Hakenkreuzler totschweigen.

Das sind die Verbindungen, die der Spion Desgranges mit den höchsten Stellen in Deutschland hatte. Er erzählt in seinem Buche von einem „heftigen Patrioten", der heute noch im Zeichen des Hakenkreuzes gegen alles was Sozialdemokratie heißt, kämpft. Es sei „unmöglich, sein Vaterland besser und blinder zu verraten, als er es unbewußt und ahnungslos getan hat." Desgranges leitete seinen Auftraggebern alle wichtigen Nachrichten über die deutsche U-Boot-Basis und die Bewegung der U-Boote zu. Er hat rechtzeitig gewußt, wann der verschärfte U-Boot-Krieg losgehen würde. Er hatte die besten Beziehungen zu der chemischen Kriegsindustrie in Deutschland, er konnte dem französischen Generalstab eingehende Mitteilungen über das weittragende Geschütz machen, das bei Krupp hergestellt worden war. Er wurde von Botschaftern, Generalkonsulen, Generalstabsoffizieren empfangen. Er hat Geld zur Bestechung der Pariser Presse vermittelt. Alles nach seinen eigenen Erzählungen.

Desgranges unterhielt auch mit anderen deutschen Kaufleuten und Reedern geschäftliche Beziehungen und dadurch „war er stets in der Lage, die Kriegsereignisse vorherzusehen." Eine Gräfin Elisa von Rollenberg, die durch Geburt und Heirat zwei Adelsfamilien im Rheinland und in Oesterreich angehörte, unterhielt „Beziehungen zu deutschen Militärkreisen" und sammelte wertvolle Informationen. Der deutsche Botschafter im Haag gab dem Spion einen Geleitbrief zur Reise nach Brüssel mit. Ein höherer Offizier vom Stabe des deutschen Generalgouverneurs von Belgien nahm an einem Essen seiner Spionagezentrale teil. Schließlich war der Spion nach dem Waffenstillstand noch bei Wirtschaftsverhandlungen zugegen, denen von Deutschland Geheimrat Duisburg, Doktor Maul, Baron von Weinberg und Generalkonsul Cremer beiwohnten!

Von allemdem teilt die „nationale" Presse aber nichts mit.

Den Verleumdern ins Stammbuch!

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands steht auch heute noch zu ihren Handlungen während des Krieges. Sie hat nichts zu verschweigen, nichts zu beschönigen. Wenn das deutsche Volk seine nationale Einheit gerettet hat, so ist es der deutschen Arbeiterklasse zu verdanken. Als Wilhelm nach Holland desertierte, als Ludendorff nach Schweden floh, als so viele andere „Patrioten" nach dem militärischen Zusammenbruch ins Mauseloch krochen, da hat die deutsche Sozialdemokratie durch ihre wahrhaft nationale Politik den Zerfall Deutschlands verhindert. Und eine Partei, die sich deutsch und national nennt, kennzeichnet sich selbst, wenn sie einen französischen Spion in den Dienst ihres verleumderischen Feldzuges gegen die Sozialdemokratie stellt.

„Umwälzende Pläne Grimmes."

„Kindergärten und kein Abitur."

Unter dieser Ueberschrift bringt ein Berliner Blatt die Nachricht, daß im Preußischen Kultusministerium der Plan bestehe, den Beginn der Schulpflicht auf das siebente Lebensjahr festzusetzen, vom sechsten Lebensjahr ab die Pflicht zum Besuch staatlicher Lehranstalten fortfallen zu lassen und die Reifeprüfung durch eine Hochschulaufnahmeprüfung zu ersetzen. Zu dieser Mitteilung, die geeignet ist, über die wahre Sachlage vollkommen unzutreffende Vorstellungen zu erwecken, teilt der Amtliche Preußische Pressedienst mit:

Die Anregung, die der Preußische Handelsminister im Rahmen des Programms zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gegeben hat, die Schulpflicht um ein Jahr zu verlängern, ist seit mehreren Wochen Gegenstand eingehender Prüfung im Preußischen Kultusministerium; diese Prüfung erstreckt sich auf die pädagogische, schulorganisatorische, wirtschaftliche und finanzielle Seite dieses umfassenden Problems; auf der Grundlage vorläufiger Ergebnisse einer solchen Prüfung sollen nunmehr kommissarische Verhandlungen zwischen den preußischen Ressorts über die gesamte Schulpflichtfrage stattfinden, ohne daß der Kultusminister sich in diesem Stadium bereits für eine bestimmte Lösung dieses sehr weitschichtigen und verwickelten Fragenkomplexes entschlossen hätte.

Von der Festsetzung einer Verpflichtung zum Besuch staatlicher Kindergärten ist im Kultusministerium nichts bekannt. Die Frage der Verkürzung der Dauer der höheren Schule von 9 auf 8 Jahre ist bekanntlich vor Monaten von dem Preußischen Finanzminister im Rahmen seines Sparprogramms angeregt worden; der Preußische Kultusminister hat daraufhin Auftrag, zur Anfertigung einer Denkschrift über die Frage, ob 8 oder 9 Jahre höherer Schule, gegeben, um eine Unterlage für die von dem Finanzminister gewünschten Verhandlungen zu erhalten. Die Denkschrift ist in Arbeit. Die Frage der Abschaffung der Reifeprüfung und die Frage der Einführung einer Aufnahmeprüfung an den Hochschulen ist seit längerer Zeit Gegenstand der öffentlichen Erörterung in schulpolitisch interessierten Kreisen, ohne daß irgendwelche Pläne im Kultusministerium zu dieser Frage in Angriff genommen wären.

Verhaftungen in Rußland.

Der „Sozialistische Bote", das Berliner Organ der Russischen Sozialdemokratie, erhält aus Moskau folgende Nachrichten:

„Im Zusammenhang mit der Verhaftung des Vorsitzenden des innerrussischen Rates der Volkskommissare, Sforzow, sind noch weitere führende Kommunisten verhaftet worden, darunter Andreejew, Mitglied des Obersten Kriegsrates, und General Blücher, der Oberbefehlshaber der Sowjetarmee im fernen Osten, der noch vor kurzem als Besieger der Chinesen an der Ostbahn geradezu als Nationalheld gefeiert wurde.

Diese Verhaftungen, sowie die überraschenden Amtsversetzungen und Enthebungen von höchsten Würdenträgern werden mit der Aufdeckung einer weitverzweigten Geheimorganisation begründet. Im Zentrum soll Sforzow gestanden haben, den Stalin noch vor wenigen Monaten als ganz zuverlässig betrachtete und eben darum dem „unsicheren" Rykow in der Regierung beiordnete. In der Privatwohnung von Sforzow, wie auch in der Dienstwohnung des Volkskommissars für Post- und Telegraphie Antipow soll die Zentrale der Verschwörung getagt haben, die sehr geschickt „getarnt" war, und an der u. a. Militärs, wie der kürzlich verhaftete General Rjutin, sowie eine Reihe kaukasischer Kommunisten (Lominaddse und seine Gruppe) beteiligt waren. Selbst der intimste persönliche Freund Stalins, Sergo Ordschonikidse, der bisherige Vorsitzende der Arbeiter- und Bauerninspektion, soll in Beziehung zu der Sache gestanden haben. Die Konspiration ist von — Rykow verraten worden, dem im letzten Augenblick Zweifel über die Zweckmäßigkeit oder den Erfolg der Aktion gekommen sind. Rykow ist nicht verhaftet, sondern nach Suchum im Kaukasus „zur Erholung" verschickt worden und hat bereits sein Rücktrittsschreiben als Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion, das ist der russische Reichskanzler, dem Zentral-Komitee zugeschickt.

*

Eine Bestätigung finden die Gerüchte über den militärischen Charakter der geplanten Aktion darin, daß das Kommunistische Zentralkomitee, das seit Jahren in Moskau in dem früheren Gebäude der Genossenschaftszentrale auf dem Alten Platz untergebracht war, jetzt sehr eilig in den Kreml übersiedelt ist. Alle Häuser um den Roten Platz sind von den darin untergebrachten Behörden, Kanzleien und Privatpersonen geräumt und mit Polizeitruppen belegt worden.

*

Russische „Recht"sprechung.

Wegen verschuldeter Zugentgleisung zum Tode verurteilt.

Im Prozeß wegen der am 17. Oktober erfolgten Entgleisung eines Warenzuges bei der Station Chopra, wodurch ein außerordentlich hoher Materialschaden angerichtet wurde, hat das Sowjetgericht zwei der angeklagten Eisenbahner, den Revisor Tschernoglasow und den Bürobeamten Schapowalow zum Tode verurteilt. Die vier anderen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von anderthalb bis acht Jahren. In der Urteilsbegründung heißt es, daß nicht nur eine unerhörte Mißwirtschaft und Vernachlässigung der Dienstpflichten an dem Unglück Schuld seien, sondern auch „Machenschaften des Klassenfeindes", der es verstanden habe, sich in die Beamtenschaft einzuschleichen.

Das heißt in Rußland dann Rechtsprechung: wenn Eisenbahner das Unglück haben, daß ein Zug entgleist, werden sie zum Tode verurteilt und nachher auch wirklich gemordet. Daher der Name Sowjet-Paradies.

Verschärfung der spanischen Unruhen.

Berittene Polizei in Madrid gegen die Demonstranten.

Französische Blätter melden aus Barcelona, daß es dort zu schweren Zusammenstößen zwischen Arbeitern, Studenten und der Polizei gekommen ist. Die Polizei habe wieder in die Menge geschossen und durch ihr brutales Vorgehen eine ungeheure Aufruhrstimmung in der Stadt geschaffen. An mehreren Punkten der Stadt habe die zur Verzweiflung getriebene Bevölkerung die elektrischen Straßenbahnwagen umgestürzt und angezündet. Die Läden und Theater seien in aller Eile geschlossen worden. Wie in Madrid sollen sich auch in Barcelona die Studenten an die Spitze der Bewegung gestellt haben. In Demonstrationszügen seinen rote Fahnen mit Aufschriften wie „Es lebe die Republik" herumgetragen worden.

Der Flieger von Mailand.

Strafanträge des schweizerischen Staatsanwalts.

Lugano, 20. November. (Eig. Drahtb.). In dem Prozeß gegen den antifaschistischen Flieger Bassanesi schilderte Filippo Turati, der Führer der italienischen Sozialisten, als Zeuge den Angeklagten als einen stillen, ruhigen und für die Sache der Freiheit und seines Vaterlandes opferbereiten jungen Mann. Graf Sforza erklärte, die Angeklagten Bassanesi und Tarchiani hätten, wenn sie schuldig seien, für die Freiheit gekämpft, die jedem Schweizer heilig sein müßte. Auf die Frage nach seinem Wohnort antwortete Sforza, daß er in Rom wohnhaft sei, zurzeit aber zu Studienzwecken in Paris weile, da der Aufenthalt in Rom für ihn unerträglich geworden sei.

Der Staatsanwalt beantragte, Bassanesi zu 5 Jahren Gefängnis, 3000 Franken Geldstrafe und lebenslänglicher Ausweisung aus der Schweiz zu verurteilen. Die beiden Antifaschisten Roselli und Tarchiani, die vor dem Flug Bassanesis im Auto die über Mailand abgeworfenen Flugschriften nach Lodrino gebracht hatten, sollen nach dem Antrag des Staatsanwalts mit 2 Jahren Gefängnis, 1000 Franken Geldstrafe und 10 Jahren Ausweisung aus der Schweiz bestraft werden. Gegen die übrigen Angeklagten beantragte der Staatsanwalt kleinere Freiheitsstrafen.

Das Zuchthausgesetz in Dänemark.

Vom Folketing aufgehoben.

Kopenhagen, 18. November. (Eig. Drahtb.). Im Folketing wurde am Dienstag die Aufhebung des sogenannten Zuchthausgesetzes mit 72 Stimmen der Sozialdemokraten und Radikalen gegen 62 Stimmen der Bauernlinken und Konservativen angenommen. Das arbeiterfeindliche Gesetz geht jetzt dem Landsting zu, wo eine geringe Mehrheit der Rechtsparteien besteht.

Politische Verlumpung.

In dem Beleidigungsprozeß des 1. Vorsitzenden des Bergbauindustriearbeiterverbandes Husemann gegen den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Florin und die Redakteure des „Ruhrecho", Birkenhauer und Schroer, wurden die Angeklagten am Montag von dem Amtsgericht Bochum zu je 300 Mark Geldstrafe, ersatzweise 10 Tage Haft verurteilt.

In der Begründung wird erklärt, durch die Aussage des Reichsaußenministers Curtius habe sich eindeutig und klar ergeben, daß die Behauptung der Angeklagten, Husemann habe gegenüber der Reichsregierung pflichtwidrige Bindungen für die Haltung der Bergarbeiter übernommen, nicht nur nicht erwiesen, sondern das Gegenteil richtig sei.

Die Krise in Amerika.

Weiße und Neger streiten sich um die Arbeit.

Die Wirtschaftskrise zeitigt Folgen, die manchmal einer gewissen Tragikomik nicht entbehren. Eine der letzten Auswirkungen der Krise ist, daß die arbeitslosen Weißen in den Südstaaten beginnen, wieder Arbeiten zu verrichten, die bis vor kurzem noch ausschließlich von Negern geleistet wurden und die vor einigen Monaten die Weißen niemals geleistet haben würden. Die Häupter der Negergemeinden haben beschlossen, beim Präsidenten Hoover wegen dieses Vorgehen der weißen Arbeiter zu protestieren, wodurch ein großer Teil der Neger um den Broterwerb gebracht würde.

Lohn- und Gehaltsabbau in Italien.

Rom, 19. November. (Eig. Drahtb.). Der faschistische Ministerrat hat am Dienstag die Herabsetzung aller Gehälter und Löhne sämtlicher Staatsbediensteten ab 1. Dezember um 12 Prozent beschlossen. Von dieser Maßnahme werden auch alle Bediensteten der Gemeinden und der halbstaatlichen Unternehmungen betroffen. Die bei den halbstaatlichen Unternehmungen bezahlten Gehälter werden von 40 000 bis 60 000 sogar um 25 Prozent, von 60 000 Lire an um 35 Prozent herabgesetzt. Die Regierung begründet ihre Maßnahmen mit der schlechten Lage der Staatsfinanzen.

Aus aller Welt.

Frenzel-Prozeß.

Das wesentlichste Ereignis der Dienstag-Sitzung im Potsdamer Frenzel-Prozeß war die Gegenüberstellung Gertrud Frenzels mit dem Zeugen Höhne aus Maltershausen, dem sich Gertrud Frenzel hinsichtlich ihrer unglücklichen Liebe zu Pfarrer Schenk anvertraut haben soll. Gertrud Frenzel behauptete von dem Zeugen, daß sie ihn überhaupt nicht kenne. Vorsitzender: „Haben Sie nicht mit diesem Herrn auf einem Tanzvergnügen zusammen gesessen und sich mit ihm unterhalten?" — Gertrud: „Darauf kann ich mich nicht besinnen." Zeuge Höhne: „Wir haben doch zusammen an einem Tisch gesessen und uns unterhalten, und ich habe Sie doch gefragt, was sie auf dem Herzen haben und ob Sie etwa eine unglückliche Liebe hätten." Gertrud: „Ich kann mich auf gar nichts besinnen." Vert.-Dr. Brandt: „Das ist doch eigenartig, Frl. Frenzel, Sie können sich doch auf angebliche Vorgänge, die sich vor fünf bis sechs Jahren abgespielt haben, genau besinnen, aber gar nichts wissen wollen Sie von diesen Dingen, die erst ein Jahr alt sind." Gertrud Frenzel: „Nein, ich kann mich wirklich nicht darauf besinnen."

Die eindringliche Befragung Gertrud Frenzels, die sich weder darauf besinnen will, zu Höhne, noch zu dem bereits am Montag vernommenen Zeugen Clemens etwas von ihren Beziehungen zu Pfarrer Schenk gesagt zu haben, dauerte noch eine ganze Weile an, führte aber in keiner Weise zur Klärung der entstandenen Widersprüche. Der Zeuge Höhne sagte auf die Frage des Vorsitzenden nochmals: „Ja, ich habe das Gespräch gehabt und es ist so, wie ich es geschildert habe." Im übrigen war die Dienstag-Sitzung mit der Vernehmung minder wichtiger Zeugen ausgefüllt. Wiederholt kam es auch zu heftigen Zusammenstößen, da die Verteidigung dem Sachverständigen Sanitätsrat Dr. Placzek Subjektivität zu Ungunsten des Angeklagten vorwarf und auch das Gericht beschuldigte, durch voreilige Zwischenfragen im Verteidigungsrecht beschränkt zu werden. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Hellwig, wies beide Vorwürfe scharf zurück.

Stenotypistin gewinnt 10 000 Franc! Bei einem in Paris veranstalteten Schreibmaschinenwettschreiben gewann eine junge Völkerbundssekretärin den Preis von 10 000 Franc. Sie tippte im Laufe einer halben Stunde nicht weniger als 18 245 Mal auf die Tasten, also etwa zehn Mal in einer Sekunde.

Erdrutschkatastrophen in USA. 50 Meilen nördlich von Vancouver (USA.) wurden sechs Bergarbeiter, als sie während der Mittagszeit in ihrer Hütte saßen, durch einen Erdrutsch verschüttet. Einer der Bergleute konnte noch lebend aus den Erdmassen hervorgezogen werden. Die übrigen fünf erstickten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919301120-18/fragment/page=0002

Englischer Passagierdampfer gestrandet.

Alle Menschen gerettet.

London, 20. November. (Eig. Funkm.). Am Mittwoch morgen um 4 Uhr ist der große englische Passagierdampfer „Highland Hope" bei Nacht und Nebel an der portugiesischen Küste auf einen Felsen gerannt. Das Schiff ist 14 129 Tonnen groß und hatte 545 Passagiere und Mannschaften an Bord, darunter 233 spanische Auswanderer.

Das Unglück ereignete sich 50 Meilen nordöstlich von Lissabon. Sofort nach dem Aufstoß begann das Wasser in die Kesselräume und die unteren Schiffsteile zu dringen. Die elektrische Beleuchtung versagte. Unter den Passagieren entstand eine große Panik. Sie stürzten, teilweise nur halb bekleidet, auf das Deck. Die Matrosen erhielten sofort den Befehl, die Rettungsboote frei zu machen. Mit Revolvern in der Hand gingen sie an die Ausbootung der Schiffbrüchigen. Um 8.30 Uhr hatten die letzten Passagiere das Schiff verlassen. Die Gestrandeten wurden von portugiesischen Fischdampfern aufgenommen und in ein portugiesisches Fischerdorf gebracht, von wo aus sie um 2.30 Uhr nachmittags in einem Extrazug nach Lissabon gebracht wurden. Ein spanischer Auswanderer wurde bei den Bergungsarbeiten schwer verwundet. Alle übrigen Passagiere und Mannschaften wurden gerettet. Es ist nicht damit zu rechnen, daß das Schiff gerettet werden kann.

Saffran ein Mörder.

Das Geständnis eine grauenhaften Tat.

Königsberg, 19. November. Wie von der Justizpressestelle Königsberg in später Abendstunde mitgeteilt wird, hat der kürzlich in Berlin wegen Brandstiftung verhaftete und nach Bartenstein in Ostpreußen übergeführte Saffran dem Untersuchungsrichter nach langen Vernehmungen eingestanden, daß er und sein Geschäftsführer Kipnick einen Mord verübt hätten, um sich in den Besitz einer Leiche zu setzen, die in dem in Brand gesetzten Hause in den Kleidern Saffrans niedergelegt wurde und vortäuschen sollte, daß Saffran selbst bei dem Brand den Tod gefunden habe. Sie seien in der Nacht vom Freitag, den 12. zum Sonnabend, den 13. September, mit dem Kraftwagen fortgefahren. Auf der Chaussee Stürlack—Queden hätten sie bei Luisenhof einen Melker getroffen. Kipnick sei ausgestiegen und habe den Melker mit einer Selbstladepistole niedergeschossen. Sie hätten dann die Leiche in einen zu diesem Zweck mitgenommenen Teppich gewickelt und in dem Möbelspeicher am Platz an der Artilleriekaserne in Rastenburg verborgen. Am nächsten Abend hätten sie die Leiche abgeholt, sie mit den Sachen Saffrans bekleidet, mit Benzol begossen und darauf das Haus angezündet. Es muß nun festgestellt werden, ob seitdem ein Melker vermißt wird. Der ebenfalls verhaftete Kipnick ist trotz Gegenüberstellung mit Saffran bei seinem Leugnen geblieben und will an der Tat nicht beteiligt gewesen sein.

Freitod einer Schauspielerin. Die Schauspielerin Marie Lubin, ein Mitglied des Linzer Stadttheaters, hat sich durch Veronal vergiftet. Unglückliche Liebe ist das Motiv des Freitodes der erst 22 Jahre alten, sehr begabten Künstlerin.

Den Geliebten im Auto erschossen. In der Nacht zum Mittwoch meldete sich bei der Kriminalpolizei in Leipzig die Tänzerin Anna Koch aus Halle an der Saale und erklärte, sie habe ihren Freund, den Kaufmann Fritz Thränhardt, auf der Straße zwischen Grimma und Leipzig im Auto erschossen. Die Nachforschungen der Polizei ergaben die Richtigkeit der Angaben. Die Tänzerin gab im Verhör an, daß sie ihren Freund erschossen habe, weil er dauernd von ihr Geld haben wollte und weil sie die von ihm verlangten Summen zu beschaffen nicht mehr in der Lage gewesen sei. Sie habe sich selbst erschießen wollen, es habe ihr dazu im letzten Augenblick der Mut gefehlt. Die Koch wurde festgenommen und der Staatsanwaltschaft zugeführt.

Abgebranntes Kasino. Der größte Teil des Kasinos von Ajaccio (Korsika) ist durch ein Großfeuer eingeäschert worden; auch der Theatersaal fiel den Flammen zum Opfer.

25 Missionare in chinesischer Gefangenschaft. Nachrichten aus Schanghai zufolge haben die chinesischen Kommunisten den irischen Missionar Tierney in Kienchang gefangen genommen. Außerdem halten sie noch 24 Missionare gefangen.

„Do. X" noch nicht nach Spanien aufgestiegen. Wie aus Bordeaux gemeldet wird, ist „Do. X" auch am Mittwoch noch nicht nach Spanien aufgestiegen. Dr. Dornier und der erste Kommandant des Flugbootes hatten sich entschlossen, den Start abzulagen, da die Wetterlage sich bis zum Mittag noch nicht gebessert hatte. In Bordeaux herrscht Regen und starker Nebel. Auch die Wettervoraussagen waren ungünstig. Der Abflug der „Do. X" wird bei gutem Wetter voraussichtlich am Donnerstag erfolgen.

Schwedischer Fliegerleutnant tödlich abgestürzt. Bei Ljungbyhed in Südschweden stürzte am Bußtag ein Militärflugzeug ab. Der Führer des Flugzeuges, Fliegerleutnant Sandegaard, wurde auf der Stelle getötet.

Der Zauberkünstler Bellachini gestorben. In Marburg ist kurz vor Vollendung seines 70. Lebensjahres der bekannte Zauberkünstler Bellachini an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben. Er bereiste vor dem Kriege fast alle europäischen Länder, war mehrfacher „Hofrat" und Besitzer vieler in- und ausländischer Ehrenzeichen.

Wirtschaft und Handel.

Marktberichte.

Magdeburger Viehmarkt.

Magdeburg, 18. November. Städtischer Schlacht- und Viehhof. Marktbericht der Notierungskommission. Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten. Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben. Auftrieb 501 Rinder, und zwar 21 Ochsen, 96 Bullen, 368 Kühe, 106 Färsen, 8 Fresser, 598 Kälber, 211 Schafe, 3444 Schweine. Seit dem letzten Markte dem Schlachthofe direkt zugeführt 28 Rinder, 14 Kälber, 140 Schafe, 307 Schweine. Bezahlt für 100 Pfd. Lebendgewicht in Reichsmark. **I. Rinder.** A. Ochsen: a) vollfleischige, ——, b) sonstige vollfleischige, 1. jüngere ——, 2. ältere ——, c) fleischige ——, 1. jüngere ——, 2. ältere ——, d) gering genährte ——. B. Bullen: a) vollfleischige oder ausgemästete höchsten Schlachtwerts 53—57, b) sonstige vollgenährte ——, c) fleischige 42—46, d) gering genährte ——. C. Kühe: a) jüngere, vollfleisch. höchsten Schlachtwerts 45—50, b) sonstige vollfleischige und ausgemästete 40—44, c) fleischige 31—38, d) gering genährte 25—30. D. Färsen (Kalbinnen): a) vollfleischige ausgemästete höchsten Schlachtwerts 52—55, b) vollfleischige 47—51, c) fleischige 40—46. E. Freiter: a) sonstiges junges Jungvieh 35—45. — **II. Kälber.** a) Doppellender, bester Mast- und Saugkalber 64—72, c) mittlere Mast- und Saugkalber 52—63, d) geringe Kälber 40—50. — **III. Schafe.** a) Mastlämmer und jüngere Masthammel, 1. Weidemastlämmer und gut genährte Schafe 46—52, c) fleischiges Schafvieh 35—41, d) gering genährtes Schafvieh ——. — **IV. Schweine.** a) Fettschweine über 300 Pfund Lebendgewicht 60—64, b) vollfleischige Schweine von etwa 240—300 Pfund Lebendgewicht 62—63, c) vollfleischige Schweine von 200—240 Pfund Lebendgewicht 59—63, d) vollfleischige Schweine von etwa 160—200 Pfund Lebendgewicht 57—62, e) fleischige Schweine von etwa 120—160 Pfund Lebendgewicht 52—57, f) fleischige Schweine unter 120 Pfund Lebendgewicht ——, g) Sauen 52—55. — Marktverlauf: Langsam. Ueberstand: 10 Rinder.

Lindemann und Genossen.

Millionenschieber und Schmuggelpiraten vor Gericht.

Berlin-Moabit ist zu einem Kolleg von Schmuggelexperten geworden, und das wißbegierige Schöffengericht Berlin-Mitte, das im großen Schwurgerichtssaal tagt, erfährt von einem wirklich see- und schmuggeltüchtigen Routiner der Branche die nettesten Einzelheiten über die Tricks, mit denen erfahrene Schmuggler ihr riskantes Gewerbe zu betreiben pflegen.

Herr Karl Lindemann,

der auf etwas mysteriöse Weise fürstlich-lippischer Kommerzienrat geworden ist, ein recht schwammiger Herr mit blicklosen und ganz auf sanft eingestellten Augen, der von Kopf bis Fuß auf Ehrbarkeit Wert zu legen scheint, murmelt mit erstickter Stimme Entschuldigungen und will in die ganze Affäre halb aus Gutmütigkeit und halb aus angeborenem Familiensinn hineingeschliddert sein. Das zweifelhafte Unternehmen war eigentlich ein Bravourstückchen der stattlichen Brüder Gustav und Otto, die der honorige Kommerzienrat allerdings keineswegs belasten will. Dabei ist Karl Lindemann, der so zart zu flöten versteht, alles andere als ein unbeschriebenes Blatt oder als ein Philosoph, den ein Uebermaß an Gefühl und Seele zum Verhängnis wurde. Er ist vielmehr ein Linde-Mann der Tat, in allen zweideutigen Geschäften anerkannter Meister und an der Peripherie der Börse bewegt er sich mit jener verdächtigen Tüchtigkeit, durch die es ihm gelang, durch einen äußerst raffinierten Coup in einer Nacht anderthalb Millionen unreellen Gewinn einzuheimsen. Mit einem Wort: Lindemann ist Repräsentant der geschäftlichen Halbwelt.

Die ehrenwerte Firma Lindemann, die einen ganzen Stab mehr oder weniger eingeweihter Mitarbeiter hinter sich herzog, schmuggelte mit der „Inge" und dem „Pelikan", meist

von Danzig aus, polnischen Sprit,

den man für 42 Pfennig das Liter an der Quelle einkaufte und für drei Mark an die Interessenten weitergab, nach Deutschland ein. Es war ein Bombengeschäft, und die Beteiligten verdienten, von einig. Ausnahmen abgesehen, sämtlich fürstlich daran. Das Schmuggelschiff „Inge" war der Kernpunkt dieses dunklen Geschäfts, da sie, mit allem Schmuggelkomfort ausgestattet, über einen meisterlich getarnten doppelten Boden verfügte, in den etwa 300 Liter Sprit getankt werden konnten. Aber auch der „Pelikan" hatte es in sich. Durch ein sinnvolles System, durch Pumpenanlagen und durch harmlos maskierte Rohrleitungen war dieser schlaue „Pelikan" imstande, von seiner Kumpagnin „Inge", die den Sprit aus Danzig holte, das Schmuggelgut auf offener See zu übernehmen. Elf Fahrten hatte man schon gemacht, bis eines Tages der glänzend organisierte Betrieb nahe bei Schwedt einer Zollfahndungsstelle des Reichswasserschutzes in die Hände fiel. Schlag auf Schlag entwirrte sich nun das feingesponnene Netz der Spritpiraten.

Seit vier Jahren läuft die Untersuchung, ein halbes Dutzend Aktenbände füllte sich mit der wirklich nicht alltäglichen Prozeßmaterie. Karl Lindemann und der Ingenieur Bauer, der zuerst entfloh, aber später gefaßt werden konnte, sitzen in Haft. 17 Schmuggler stehen unter Anklage, neun Rechtsanwälte versuchen zu retten, was noch zu retten ist.

Da ist zunächst der Redner a. D. und Ingenieur Bauer, eine gestraffte, energische, brutale und zynische Erscheinung; ein Mann, der nichts leugnet, sondern mit einem gewissen souveränen Wohlwollen den Laien in die Geheimnisse seiner dunklen Zunft einweiht — soweit es ihm angebracht erscheint. Er ist immer beherrscht, und hat den Stolz eines Experten, der sich von niemandem in sein Spezialgebiet hineinreden läßt. Bauer, ein tüchtiger Geschäftsmann, ist sicher auch

Schmuggler aus Leidenschaft.

Mit unnachahmlicher Geschicklichkeit inszenierte er verwegene Schmuggelfahrten nach Skandinavien und Finnland, aber immer gelang es diesem raffinierten und mit ungemein feinem Fingerspitzengefühl bedachten Schieber, durch die Netze der Polizei zu gleiten.

Herr Zabel fällt unter die Räuber — —!

Dann kommt jene ziemlich breite Gruppe unter den Angeklagten, die nichts mehr wissen will, die sich entschuldigt und lendenlahm und recht unmotiviert zu entkräften versucht. Der Prominente dieser Gruppe ist der eingangs charakterisierte Karl Lindemann, und ein typischer Vertreter dieser wenig angenehmen Spezies Mensch,

Marke Drückeberger,

ist auch ein kleiner, etwas aus den Proportionen geratener Herr mit Spitzbauch, der auf den Namen Zabel hört. Herr Zabel beschwert sich bitter über die rücksichtslose Ehrlichkeit des Piraten Bauer, der ihm die ganze schöne Unschuldsrede vermasselt. „Herr Vorsitzender", so ruft der kleine Herr Zabel mit Emphase, „auf meinen Buckel wird andauernd Holz gehauen und ich habe wirklich keine Ahnung, wie ich unter die Spritschmuggler geraten bin —!" Das naive unschuldige Gemüt! Ein allgemeines Schmunzeln geht durch die Reihen.

Verführt, betrogen und angeklagt!

Und dann endlich jene dritte Sorte, die das soziale Moment berührt. Es handelt sich um die kleinen Ausgebeuteten, die man verführte und dann in Dreck und Elend stecken ließ, während die Manager selbst Millionengewinne machten. Ihr Bild wird am eindringlichsten durch die Person des Maschinenschlossers Stahnke gezeichnet, der von Lindemann und Bauer für die Schmuggelintze angeheuert worden war. 60 ℳ Wochengehalt hatte man ihm versprochen, aber er hielt nur einen Bruchteil dieser Summe. Der Arme klagte vor dem Arbeitsgericht gegen Lindemann, seinen Arbeitgeber, um den geprellten Lohn. Das Gericht hat ihm 380 ℳ zugesprochen, aber von diesem Geld sah er bis jetzt keinen Pfennig, da der Schieber Lindemann inzwischen bankrott gemacht hatte und die Pfändung fruchtlos verlief. Zu allem Ueberfluß sitzt der Maschinenschlosser Stahnke nun auch noch auf der Anklagebank. Wegen Beihilfe.

Magdeburger Produktenbörse.

Magdeburg, 18. November. An der heutigen Magdeburger Produktenbörse kamen folgende Preisfestsetzungen zustande:

Weizen: 76—77 kg. 255—257 (ruhig). Weizen 77—78 kg 256—58 (ruhig). Roggen: 160—162 (fest). Sommergerste: 178—80 (still). Braungerste, mittlere Qualitäten: 205—15 (still). Braugerste, gute Qualitäten: 215—25 (still). Wintergerste: 184—188 (still). Hafer: 156—160 (ruhig). Mais nicht notiert. Viktoriaerbsen: 230 bis 240 (ruhig). Weizenmehl: 35.75—37.75 (ruhig). Roggenmehl: 25.75 bis 28.75 (ruhig). Weizenkleie: 8.60—9.00 (ruhig). Roggenkleie: 8.00 bis 8.20 (ruhig).

Berliner Getreidebörse vom 18. November.

	17. November	18. November
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	248.— bis 249.—	250.— bis 251.—
Roggen	153.— bis 155.—	153.— bis 155.—
Braugerste	186.— bis 212.—	186.— bis 212.—
Futter- u. Industrie-Gerste	170.— bis 180.—	170.— bis 180.—
Hafer	141.— bis 151.—	141.— bis 151.—
Weizenmehl	29.00 bis 37.50	29.00 bis 37.50
Roggenmehl	24.00 bis 27.10	22.90 bis 27.00
Weizenkleie	8.25 bis 8.75	8.25 bis 8.75
Roggenkleie	8.00 bis 8.50	8.00 bis 8.50

Der Fall Levine.

In der Affäre des Ozeanfliegers

Charles Levine

ist noch keine Klärung zu verzeichnen. Levine wird beschuldigt, daß er von der Pariser Handelskammer in der Inflationszeit ausgegebenes Notgeld im Betrage von einem halben bis zu 5 Franken habe fälschen wollen. Levine behauptet dagegen, er habe nur Reiseandenken zeigen lassen wollen. Er ist bisher noch nicht dem Gericht vorgeführt worden.

Gewerkschaftliches.

Der Deutsche Baugewerksbund führt in der zweiten Novemberhälfte eine Erhebung durch, um über die Arbeitslosigkeit seiner Mitglieder Klarheit zu schaffen. Alle Bundesmitglieder müssen darüber Auskunft geben, wie lange sie in den letztvergangenen zwölf Monaten gearbeitet haben. Alle Mitglieder müssen diese Frage beantworten, auch die, die zurzeit in Arbeit stehen oder in der Berichtszeit womöglich gar nicht arbeitslos waren. Die Beantwortung der Frage ist wichtig für den Kampf gegen die Arbeitsnot der Bauarbeiterschaft.

Letzte Nachrichten

(Eigene Funk- und Drahtberichte).

Nazikrawall gegen eine Moskauer Schauspielertruppe.

Würzburg, 20. November. (Telunion). Im Würzburger Stadttheater sollte am Mittwoch abend ein Gastspiel der Schauspielertruppe Habima aus Moskau stattfinden. Die Nationalsozialisten, die schon vorher in Flugblättern gegen das Gastspiel Stellung genommen hatten, versammelten sich in größerer Menge vor dem Theater und brachten in Rufe und Pfeifen gegen die Theaterbesucher aus. Erst gegen 20.30 Uhr hatte die Polizei die Straße gesäubert. Die Vorstellung nahm darauf ihren Anfang.

Wirbelsturm in Amerika.

Newyork, 20. November. (Telunion). Die Stadt Bethany im Staate Oklahoma wurde am Mittwoch von einem furchtbaren Wirbelsturm heimgesucht. Bisher werden 40 Tote, 150 Verwundete und weit über 800 Obdachlose gemeldet. Der Sachschaden ist sehr groß.

Das Blutgericht von Tongking.

Paris, 20. November. (Telunion). Nach einer Meldung aus Tongking hat das französische Kriegsgericht in Haiduong 180 Eingeborene abgeurteilt, die nach der Urteilsbegründung einer revolutionären Partei oder kommunistischen Verbänden angehörten und an revolutionären Umtrieben beteiligt waren. Sechs Eingeborene wurden zum Tode, 29 zu lebenslänglicher und 27 zu mehrjähriger Zwangsarbeit verurteilt. Sechs Eingeborene werden in Strafkolonien angesiedelt. Die übrigen erhielten Gefängnisstrafen. Nur 19 wurden freigesprochen.

Neuer Aufstand auf Formosa.

Tokio, 20. November. (Telunion). Wie japanische Blätter melden, sollen auf der Insel Formosa neue Unruhen ausgebrochen sein. In den Gebieten, wo der Aufstand niedergeschlagen wurde, haben die Aufständischen Polizeistationen überfallen und mehrere Polizeibeamte getötet. Die japanische Regierung hat sofort ein Flugzeuggeschwader nach Formosa entsandt, um den Aufstand zu unterdrücken. Die japanischen Verluste werden bisher auf mehrere hundert Soldaten und Offiziere geschätzt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919301120-18/fragment/page=0003

Am Sonntag, den 23. November 1930 (Totensonntag), abends 8 Uhr, im „Elysium"

Der Dornenweg oder: Der Leidensweg einer Mutter

Schauspiel in 3 Akten von Felix Philippi — Spielleitung: Albert Thieme

ARBEITER-THEATERBUND, ORTSGRUPPE HALBERSTADT

Stadt-Theater

Donnerstag, den 20. November, 20—23 Uhr: geschlossene Vorstellung, kein Kartenverkauf.
Freitag, den 21. November, 20—22¼ Uhr:
„Die Frau im Fenster"
Von Hofmannsthal.
Hierauf:
„Das Apostelspiel"
Von Max Mell. (0.50—3.50).
Neu eingeführt:
Serienhefte à 5 Karten, (2 Schauspiel-, 2 Operetten-, 1 Opernvorstellung.)
für die Plätze:
1. Rang und Sperrsitz für 16.40 RM.
1. Saalsitz „ 14.20 „
2. Saalsitz „ 10.00 „
zu kaufen an der Vorverkaufs- und an der Abendkasse!

Große Geflügel-Ausstellung

im Schützenwall zu Halberstadt.

Etwa 600 Stück **Wassergeflügel, Hühner u. Tauben** in sehr viel verschiedenen Rassen.
Kaufgelegenheit.

Geöffnet: Freitag, den 21. Novbr., 14—19 Uhr
Sonnabend, den 22. Novbr., 9—19 Uhr
Sonntag, den 23. Novbr., 9—19 Uhr

Gratisverteilung von 160 Stück Geflügel und Tauben an unterstützende Mitglieder, Sonntag ab 18 Uhr.
Eintritt 50 Pfg., Kinder 25 Pfg.

Zum Besuch ladet ein
Geflügelzüchter-Verein Halberstadt.

Ruhbergs Gesellschafts-Haus.

Totensonntag wie alljährlich
Gr. Preisskat
Alle Skatspieler treffen sich da.
Ganz reelle Verteilung.
Einsatz 2 Mark. Anfang 5 Uhr.

Gewerkschaftshaus

Totensonntag
nachmittags von 4 Uhr ab
Preisskaten
Der Einsatz beträgt 2.— Mk. und kommt voll zur Auszahlung

Tifereth Jeschurun

Fortsetzung der **letztjährigen Vortragsreihe** über
Das 1. Buch Moses im Lichte der Wissenschaft
Beginn: **Sonntag, den 23. Novemb., 18 Uhr**

Synagogen-Gemeinde.

Freitag, den 21. November, abends 4 Uhr. Sonnabend, den 22. November, morgens 8 Uhr. Sabbath-Ausgang 5 Uhr 07 Min. Tifereth Jeschurun. Sonntag abend 6 Uhr Vortrag. Wochentags: Morgens 6½ Uhr, abends 4 Uhr.

Naturheilverein Halberstadt.

WERBE-VORTRAG
Freitag, den 21. November 1930, 20 Uhr, in Wehrstedt's Restaurant, Fischmarkt.
Vortrag über:
„In 4 Wochen nicht mehr nervös!"
Vortragende: Frau Martha Scherz-München
Mitglieder und Gäste sind herzlichst eingeladen
Eintritt frei! Der Vorstand.

Seefische blutfrisch und billig!

Schellfisch ohne Kopf, Pfd. 25 Pf., Seelachs, ohne Kopf, Pfd. 30 Pf., Rotbarsch ohne Kopf, Pfd. 40 Pf., Kabeliau ohne Kopf, Pfd. 35 Pf., Filet, schneeweiß, ohne Haut und Gräten, Pfd. 45 Pf., Bücklinge, Pfd. 40 Pf.
alles andere zum billigsten Tagespreis.
Verkauf: Freitag, Breiteweg 52, Toreinfahrt.
Fisch-Jürgens Wesermünde Fischereihafen

Achtung! Nur Paulsstr. 5 Achtung!
bei Hoffmeister
Großer billiger Rind- und Schweinefleisch-Verkauf zu tief herabgesetzten Preisen!

Schweinefleisch (zum Braten)	Pfd.	0.80 Mk.
Rindfleisch, (fett)	„	0.80 Mk.
Gehacktes, Rind und Schweine	„	0.80 Mk.
ff. Schmorwurst	„	0.80 Mk.
Würstchen, prima	„	0.80 Mk.
Hausschlachtewurst	„	0.80 Mk.
Mettwurst, reine Ware	„	1.00 Mk.
Kalbfleisch	„	v. 0.80 Mk. an.

ergiebig geöffnet. Jeder erhält einen Knochen gratis.

Unsere Parole:

Gut gekleidet

für

wenig Geld

hat sich bewährt.

Auch Sie sollen sich davon überzeugen, daß Sie nicht nur ***billigst*** sondern auch ***Qualitäts-Ware*** bei uns kaufen.

★

Anzüge und Mäntel	schon von Mk.	19.00 an
Streifenhosen	schon von Mk.	1.95 an
Anzughosen	schon von Mk.	3.75 an
Breeches-Hosen	schon von Mk.	4.50 an
Knickebocker	schon von Mk.	4.75 an
Manchesterhosen	schon von Mk.	5.75 an
Winterjoppen	schon von Mk.	9.50 an
Trenchcoat-Mäntel	in blau, schon von Mk.	15.00 an
Lumberjacks	mit Reißverschluß, schon von Mk.	9.50 an
Kinder-Anzüge	schon von Mk.	2.50 an
Monteur-Anzüge	schon von Mk.	2.50 an

Mantel auch mit Rundgurt nur **29.50**

Mantel m. Samtkrg. ganz gefüttert nur **26.50**

Guter Streifen-Anzug nur **29.50**

Mod. Anzg. a. K.-Seide nur **49.—**

Rekord Spiegel & Co.
Halberstadt :: Breiteweg 4

Raucher-katarrh

wäre nicht so verbreitet, wenn jeder Raucher neben dem gewöhnlichen Tabak stets einen „Beutel" oder eine „Dose" der bewährten „Kaiser's Brust-Caramellen" bei sich führen würde. Über 15000 beglaub. Zeugnisse sprechen für den Erfolg. Machen Sie einen Versuch mit

Kaiser's Brust-Caramellen mit den 3 Tannen

Zu haben in Apotheken, Drogerien und wo Plakate sichtbar.

Gelegenheitskauf für prima Möbel!
Echt eichene Schlafzimmer von 540 Mk. an
Echt eichene Speisezimmer von 420 Mk. an
Echt eichene Herrenzimmer von 350 Mk. an
6teilige Küchen v. 130 Mk. an
Eichene Flurgarderoben von 28 Mk. an
1a Chaiselongues v. 35 Mk. an
1a Sofas von 82 Mk. an
1a Ausleger von 22 Mk. an
1a Spiralmatratz. v. 14 Mk. an
Eichene Ausziehtische von 52 Mk. an
Prima eichene Stühle mit echt Rindleder und Federfitz 18 Mk. Echt eichene, einzelne Büfetts, 140 cm breit, 190 Mk. Echt eichene Kredenzen, 110 Mk.
Wasch-Toiletten, imitiert in jeder Farbe, mit echtem Marmor und Spiegel-Glas 105 Mk., desgleichen Nachtschränke, 23 Mk.
Gr. Auswahl in Einzelmöbel. Kein Laden, geringe Unkosten daher die billigen Preise. Gut erhaltene Möbel werden in Zahlung genommen.
Besichtigung ohne Kaufzwang.
H. Arnecke Breiteweg 52 Hof links.

Hühneraugenpflaster auf grünem Samt.
Hühneraugen-Collodium z. Aufpinseln
Ratsapotheke

Achtung! Achtung!

Markthalle, Stand 17.
Jeden Freitag und Sonnabend sowie nächsten Dienstag:
Billig! Hasen, Wildkaninchen usw. Billig!
im ganzen und zerlegt. Günstige Einkaufsgelegenheit für Händler und Gastwirte.
Hermann Sonntag, Königsaue.

Zum Totensonntage

empfiehlt **Kränze, Kreuze** sowie **Waldsträuße** zu billigen Tagespreisen.
Rudolf Frühauf, Göddenstr. 22
Markthalle (Blumenstand)
Der Verkaufsstand Spiegels und Sedanstraße-Ecke (Garten)

Zum Toten-Fest

empfiehlt alle Sorten
Moos- u. Wald-Kränze, Kreuze sowie **Sträuße**
in großer Auswahl, zu bekannt billigen Preisen
Dorothee Michaelis Schuhstr. 52.

Zum Toten-Feste

empfehle in großer Auswahl
Kränze, Kreuze und Grab-Sträuße
zu soliden Preisen
H. Timmroth, Gartenbaubetr.
sowie Stand vor dem Elektrizitätswerk.

Paul Woldmann, Breiteweg 11
Telephon 1764. Gut sortiertes Lager in
sämtl. Spielwaren
sowie Puppen-Wagen, Kinder-Autos und Selbstfahrern, Kinderstühlchen und -Tischen. — Auf größere Stücke nehme ich Anzahlungen gern entgegen.

Partei-Literatur jeder Art zu haben im Halberstädter Tageblatt.

Für 1 RM.
Kinder-Hosen, Knaben-Hosen

Für 2 RM.
Männer-Hosen, Arbeitsjacken

Für 3 RM.
Ia blaue Köper-Jacken u. -Hosen
Streifen-Hosen,
Stoffwesten, Waschjoppen
Kn.-Seppl-Jacken u. -Hosen usw.

Für 4 RM.
Engl. Lederhos., Manch.-Kniehos.
Sommerjoppen, Setzerkittel
Gestr. Hosen, Kn.-Wanderhosen

Für 5 RM.
Kn.-Mänt., warm gef., 00, 0, 1, Arbeitsmäntel, Sportjoppen, Kellnerjacken
Anzug- u. Streifenhos., Bauchhosen

Anzüge, Trenchcoat, Lodenmäntel
Motorrad-Anzüge, Knickerbocker
Windjacken, Wintermäntel usw.

Bekleidungs-Gesellschaft m. b. H.
über der „EPA"

Quedlinburg.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Quedlinburg.
Am Freitag, den 21. November, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus unsere
Mitglieder-Versammlung
mit folgender Tagesordnung statt.
1. Vortrag: „Der Berliner Schiedsspruch und seine Lehre".
2. Wahl der Generalversammlungs-Delegierten.
3. Wahl der Delegierten zum Ortsausschuß.
4. Verbandsangelegenheiten.
Im Anbetracht der wichtigen Tagesordnung bitten wir um zahlreichen Besuch. Mitgliedsbuch muß vorgezeigt werden.
Die Verwaltung.

Wernigerode

Grab-Schmuck
in geschmackvoller Ausführung empfiehlt preiswert
Otto Giebel, Gartenbaubetrieb,
Ilsenburgerstraße 27 c.
Telephon 995. Wochenmarkt.

Acker-Verpachtung

Sonnabend, den 22. 11. 30, abends 8 Uhr
findet im Gasthof Friedrichsthal, Hasserode eine Ackerverpachtung der Wadhelmschen-Stiftung, Lage: Knick, auf 6 Jahre statt, wozu freundlichst einladet
Die Kommission.

Kurtheater

Freitag, 8¼ Uhr
Meine Schwester und ich
Musik von Ralph Benatzky
0.75, 1.25, 1.75, 2.25 Mark

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919301120-18/fragment/page=0004

1. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 272 — Donnerstag, den 20. November 1930 — 5. Jahrgang

Endlich Klarheit!

Sitzung der Wernigeröder Stadtverordneten.

Wernigerode, 20. November.

Endlich ist der Trennungsstrich zwischen den Interessen der Allgemeinheit und denen der Kegler gezogen worden! Mit wechselnden Mehrheiten hat man auch den restlichen Teil der Tagesordnung erledigt. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Gen. Riemann im Namen unserer Fraktion, den Antrag der Firma Maul betr. Steuererlaß für einen event. Reflektanten auf das Werk in der öffentlichen Sitzung zu verhandeln. Auch sollte die nichtöffentliche Tagesordnung an den Anfang gesetzt werden. Es wurden sofort die Ersatzwahlen vorgenommen. Durch den Tod des Kaufmann Reinecke, der mit Hilfe und auf Vorschlag der sozialdemokratischen Fraktion zu Anfang d. Js. in den Sparkassenvorstand gewählt worden war, hat sie das Recht des neuen Vorschlages, was ihr aber durch Stadtv. Michael streitig gemacht wurde. Der Protest unserer Fraktion wurde mit den Stimmen der NSDAP. niedergestimmt und der Rentner und ehemalige Stadtv. Liebetruth mit 14 gegen 12 Stimmen gewählt.

In der Rechnungsprüfungskommission wurde bei Stimmenthaltung unserer Fraktion der Gastwirt Willy Försterling, gewählt. Ein Geländeaustausch in der Salzbergstraße ist infolge der aufgestellten Fluchtlinie erforderlich. Er wurde in der vorgeschlagenen Form genehmigt. Für den Bauabschnitt der Stadtentwässerung hat sich infolge der verschiedensten Umstände eine Nachbewilligung in Höhe von 18 446.41 ℳ erforderlich gemacht, die zum Teil dadurch eingetreten sind, weil die ausführende Firma durch die Verwendung maschineller Vorrichtungen viel weniger an Tagewerke für die Arbeit benötigte, als die Regierung bewilligt hatte. Infolgedessen muß die Stadt die weniger geleisteten Tageswerte, für die ihr der Regierungszuschuß nicht zukommt, aus eigenen Mitteln (1560 ℳ) leisten. Der felsige Untergrund am Katzenteich hat eine Mehrausgabe von 7717.07 ℳ Lohnsteigerungen 9169.34 ℳ erfordert. Der Berichterstatter Gen. Goedecke beantragte, die erforderlichen Mittel aus der Kanalanleihe bewilligen zu wollen, was die Versammlung auch beschloß.

Für einen Wiederholungslehrgang für Obstbaumwärter werden 80 ℳ und für Ueberschreitungen im Haushaltsplan 1929 des Schlachthofes bei Besoldungen, Löhne, Versicherungsbeiträge, Revisionen und Unvorhergesehenes, der Betrag von 1226.93 ℳ nachgefordert und bewilligt.

Bevor nunmehr die Kegelhallenbauangelegenheit erledigt werden kann, protestierte Stadt. Heidenreich (NSDAP.) gegen die Handhebung der Geschäftsordnung des Vorstehers in der letzten Sitzung. Er habe einen Antrag auf Ausschluß der beiden Stadtv. Aßman und Böttcher wegen der „Widerspruchsinteressengemeinschaft" Beider eingebracht, den der Vorsteher nicht zur Abstimmung zuließ, da er gegen die Städteordnung verstieß. Der § 16 der bisher stillschweigend gehandhabten Geschäftsanweisung für die Stadtverordnetenversammlung bestimmt aber, daß solche Stadtverordneter auszuschließen sind. Vorsteher Büchting rechtfertigte seine Stellungnahme mit dem § 44 der Städteordnung, ersuchte aber durch Beschluß gegen ihn zu entscheiden. Er machte aber darauf aufmerksam, daß beide Teile, die Ausgeschlossenen sowohl als auch die Gegenseite gegen die Abstimmung beim Bezirksausschuß Beschwerde führen könnten. Die Rechtsbelehrung, die sich zwischen den Stadtv. Meinardus, Bonatz, Köllner und Aßmann abspielen, zeigte auch hier die klaffenden Gegensätze in den Auffassungen. Schließlich wurde mit 14 gegen 8 Stimmen die Nichtbeteiligung der Stadtv. Aßmann und Böttcher an diesem Punkt beschlossen.

Zur Beschlußfassung zu den Ueberschreitungen beim Kegelhallenbau und zur Geltendmachung der städtischen Ansprüche gegenüber dem Kegelverband gibt Gen. Riemann folgende Erklärung ab, der sich nachträglich der Stadtv. Tänzer anschloß.

Die Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion kann sich mit dem Vorschlag des Magistrats zur Regelung der Ueberschreitungen beim Kegelhallenbau nicht einverstanden erklären. Nach Ansicht der sozialdemokratischen Fraktion werden die Baukosten dem Kegelverband zu niedrig berechnet, da zum Mindesten: Zinsen (Kursverluste), Bauleitung und wahrscheinlich auch ein Teil der Inventarkosten, wie auch der Entwässerung zu Unrecht von dieser Bausumme abgesetzt sind. Außerdem ist die angesetzte Verzinsung mit 5 Prozent zu niedrig gehalten, da der Kegelverband sich ausdrücklich mit einer Verzinsung nicht unter 7 Prozent einverstanden erklärt hat. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion fordert und erwartet deshalb, daß auf dem Wege der Verhandlung in der Finanzkommission, ein für die Stadt ganz wesentlich günstigeres Ergebnis, bei den angespannten finanziellen Verhältnissen derselben, erreicht werden muß. In allerkürzester Frist erwartete die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion vom Magistrat eine Erklärung darüber, daß die im § 6 des Vertrages vom 2. 10. 26 und dem Nachtragsvertrag vom 1. Juli 1927 genannten Beträge der Bürgen voll und ganz bei der Stadthauptkasse eingegangen sind. An den weiteren Kommissionsberatungen dürfen die nach dem § 44 der Städteordnung als Widerspruchsinteressenten in Frage kommenden Mitglieder nicht teilnehmen.

In der Debatte brachten unsere Genossen zum Ausdruck, daß sie in den letzten zwei Jahren dauernd versucht hätten, die Angelegenheit zu irgend einem Abschluß zu bringen. Aber die hinter dem Rücken der Versammlung gesponnenen Intrigen waren stärker als dieser Wille und deshalb ist die Angelegenheit immer wieder verschleppt worden. Es ist nicht so, daß die Nationalsozialisten für sich das Recht in Anspruch nehmen können, daß er ihrer Initiative bedurft hätte, die Angelegenheit ins Rollen zu bringen. Wenn die Mehrheit der bürgerlichen Vertreter nicht versagt hätte, dann wäre alles schon längst in Ordnung.

Nachdem in anderer Form der Antrag von Köllner formuliert war, wurde er in folgender Fassung einstimmig angenommen: „Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, die beschlossenen, vom Keglerverband vertraglich zugesagten, aber nicht gegebenen Garantien für die bis zu 130 000 RM. verausgabten Kosten einzufordern und nach Feststellung der auf Grund der bestehenden Verträge bis zum 1. 10. 1930 aufgelaufenen und nicht gezahlten Beträge den Verband aufzufordern, die sich ergebende Summe zu zahlen. Ferner den Keglerverband aufzufordern, dem Magistrat unter Zugrundelegung des Ergebnisses der letzten Verhandlung vom Februar 1929 einen endgültigen Vorschlag für die Regelung seiner Verpflichtungen unverzüglich zu machen. Die Fraktion vermag die Verantwortung für die über die 130 000 RM. erfolgte weitere Ausgabe von etwa 70 000 RM., die nach dem augenblicklichen Stande der Angelegenheit für die Stadt als Verlust zu buchen wäre, nicht zu übernehmen. — Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, Feststellungen zu treffen, wer die Verantwortung für diese Ueberschreitungen trägt. Ferner erwartet sie vom Keglerverband bis zum 15. Dezember 1930 die endgültige Erledigung der Angelegenheit."

Nunmehr erschienen die für den Keglerverband interessierten Stadtverordneten Michael, Fleiner, Aßmann und Böttcher wieder im Sitzungssaal. Stadtv. Aßmann will die abgeschlossene Debatte wieder eröffnen, was aber vom Vorsteher unterbunden wird, worauf dieser in einer persönlichen Bemerkung gegen seinen Ausschluß von den Verhandlungen protestiert und die Erklärung abgab, daß er sich alle aus diesem Ausschluß ergebenden Weiterungen vorbehalte. Diesem Begehren, im Protokoll noch nachträglich die Namen derjenigen festzulegen, die für seinen Ausschluß gestimmt haben, wird auf den Widerspruch des Gen. Riemann nicht entsprochen.

Dem Antrag des Stv. Köllner, das Mieteinigungsamt dem Amtsgericht anzugliedern, wurde entgegengehalten, daß dies bereits durch Magistratsbeschluß bestimmt sei. Die Vorschläge des Herrn Landeshauptmanns über die Trägerschaft des Zilliertalsperrenunternehmen, soll neben der Festsetzung einer Baufluchtlinie am Bahnhof und dem Antrag der Firma Maul in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden, worauf die Sitzung um 18.50 Uhr geschlossen wurde.

Die nichtöffentliche Sitzung zog sich in Anwesenheit der Pressevertreter noch bis nach 21 Uhr hin.

Der Zuhörerraum war wieder polizeilich wegen Ueberfüllung abgesperrt. —

WERNIGERODE

Gedenktage.

20. November.

1815 Zweiter Pariser Frieden. — 1858 *Schwed. Dichterin S. Lagerlöf. — 1899 Zuchthausvorlage abgelehnt. — 1910 †Leo Tolstoi. — 1918 Bestattung Berliner Revolutionsopfer. — 1923 Höchster Dollarkurs: 4,2 Billionen. — 1926 Aufstand in Albanien. — 1926 Unruhen auf Java.

Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Halberstadt.

Die diesjährige Herbsttagung der Industrie- und Handelskammer Halberstadt fand am 14. November 1930 in Halberstadt statt. Zunächst führte der Vorsitzende, Präsident Kaempfert, die drei neuen Mitglieder — Zuckerfabrikdirektor Dipl.-Ing. Arthur Gehrke aus Neuhaldensleben, Brauereidirektor Oscar Oeler aus Wernigerode und Bankier Ernst Vogler aus Halberstadt — in ihr Amt ein und gedachte mit ehrenden Worten des vor kurzem verstorbenen früheren Syndikus der Kammer, Freiherr Dr. von Boenigk. Ueber die Lage der Wirtschaft im Kammerbezirk führte der Präsident an Hand von Zahlenangaben aus, in wie unerfreulichem Maße die Konjunktur auch hier eine Verschlechterung erfahren hat. So sind beispielsweise im Kammerbezirk in den ersten 10 Monaten des Vorjahres nur 161, dagegen in der gleichen Zeit dieses Jahres 210 Vergleichsverfahren und Konkurse eröffnet worden. Ueber die Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten fände demnächst bei der Regierung in Magdeburg eine Besprechung statt, an der die Kammer teilnehmen werde.

Zu dem Gesetz über das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses sind auf Grund der praktischen Erfahrungen in den letzten Jahren zahlreiche Aenderungsvorschläge gemacht worden. In einer eingehenden Sitzung hat sich der Bank- und Steuerausschuß der Kammer mit diesen Vorschlägen befaßt. Ueber das Ergebnis der Sitzung erstattete Syndikus Dr. Faehre Bericht. Die Vollversammlung billigte die Ausführungen und stimmte den vom Ausschuß beschlossenen Aenderungsvorschlägen zu. Die **Bevorrechtigung der Provisionen von Handelsvertretern** im **Konkursverfahren** wurde auf Antrag des Handelsvertreter-Vereins Harzgau in Halberstadt von dem Wissenschaftlichen Hilfsarbeiter Dr. Thier behandelt. Die Kammer beschloß, den Antrag an zuständiger Stelle zu unterstützen. Die Frage der **Bekämpfung des Zugabeunwesens** hatte bereits den Einzelhandels- und den Wettbewerbs-Ausschuß der Kammer beschäftigt; sein Beschluß, für einen Gesetzentwurf von Dr. H. H. Franke vom Reichsausschuß

Gesetz, das tötet

Roman von Frank Arnau

12. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

. . . Als Juscha Lehner nach Hause kam, fand sie ihre Mutter in Tränen aufgelöst. Sie fragte bestürzt; wortlos wies die Mutter auf ein Blatt Papier, das neben einem aufgeschnittenen Umschlag auf dem Tische lag.

Jascha nahm das Blatt und las:

„Geehrte Frau Rechnungsrat!

Ist es Ihnen bekannt, daß ihre Tochter ein Verhältnis mit dem Kommerzienrat Dominique hat? Von der Autofahrt am vergangenen Sonntag dürften Sie ja wohl wissen, aber daß Ihre Tochter jeden Tag eine Zusammenkunft mit dem verheirateten Mann in einem kleinen Bumslokal in der Großbeerenstraße hat, daß wissen Sie wohl nicht. Fragen Sie Ihre Tochter einmal danach, vielleicht benimmt sie sich dann in Zukunft etwas weniger hochnäsig. Wozu, nämlich zur Hochnäsigkeit, sie gar keinen Anlaß hat. Ein Verhältnis mit einem alten verheirateten Mann kann schließlich eine jede haben.

Ein wohlmeinender Freund."

Um Juscha drehte sich alles. Sie sah bald auf ihre Mutter, bald auf das anonyme Schriftstück. Sie brachte zunächst keinen Ton über die Lippen.

Sie setzte sich auf das Sofa, noch immer das Schreiben in der Hand.

Die Mutter nahm das Taschentuch von den Augen.

„Kannst du mir beschwören, Juscha, daß alles erlogen ist?"

Juscha schwieg.

Die Mutter begann laut zu weinen. „Also wahr", rief sie schluchzend. „Meine Tochter kommt mit einem verheirateten Mann in einem schlechten Lokal zusammen. Wie kannst du mir das antun, Juscha! Dein Vater, wenn er das erlebt hätte! Lieber Gott — welch ein Unglück!"

Juscha nahm sich zusammen. „Mutter — so ist das natürlich nicht wahr, wie das hier steht. Ja: ich bin mit Herrn Dominique ein paarmal zusammengekommen, aber da ist doch schließlich nichts bei!"

„Ich begreife dich nicht, wie du so etwas sagen kannst! Hinter meinem Rücken!"

„Hätte ich dir davon Mitteilung machen sollen? Hättest du es verstanden, daß ich mich mit Herrn Dominique verabreden konnte?"

„Ich hätte dich davon abgehalten!"

„Du hast doch an der Autofahrt nichts Besonderes gefunden!"

„Das ist etwas anderes — da war der Wagenführer mit. Aber ich habe es mir gleich gedacht, wie dieser Herr Kommerzienrat plötzlich eine Sympathie für uns entdeckt hat. Daß er nicht zu mir kam, sondern deinetwegen, das lag doch auf der Hand. Aber ich werde ihm meine Meinung sagen! Dich armes, unerfahrenes Kind konnte er freilich herumkriegen — was weißt du denn, wie das Leben ist und wie die Männer sind?"

„Was weißt du denn davon, Mutter? Du lebst doch noch in der Zeit von vor 40 Jahren, sonst könntest du wahrhaftig nichts so Furchtbares daran finden, daß Herr Dominique sich für mich interessiert, und daß ich ganz gerne mal eine Stunde mit ihm plaudere!"

„Interessiert! Interessiert! Das Interesse kennt man!"

„Und daß wir uns in einem Bumslokal treffen, ist auch nicht wahr. Das Kaffee Weber ist ein durchaus anständiges Lokal!"

„Das mag sein. Aber es schickt sich nicht. Der Kommerzienrat ist verheiratet, und du siehst doch, was die Leute von dir halten!"

„Du meinst doch nicht im Ernst, Mutter, daß ich mir um den anonymen Wisch hier irgendwie kümmern soll. Was irgendein boshafter Mensch, der es nicht einmal wagt, seinen Namen zu nennen, hinschmiert, das kann doch keinen Anspruch darauf erheben, als Meinung zu gelten!"

„Aber die Hauptsache ist doch wahr! Man trifft sich nicht mit einem fremden Menschen in einem öffentlichen Lokal!"

„Albert Dominique ist kein fremder Mensch für mich!"

Die Mutter sah Juscha entsetzt an. „Nun wirst du mir gleich noch sagen, daß er dich liebt und daß du ihn wieder liebst!"

„Und wenn es so wäre, Mutter?"

„Ja, um Gottes willen, Kind — hast du denn deinen Verstand verloren? Was willst du denn mit dem Kommerzienrat? Er ist doch verheiratet! Und wenn er es nicht wäre — glaubst du vielleicht, er würde dich zu deiner Frau machen? Hat er vielleicht die Absicht, sich deinetwegen von seiner Frau scheiden zu lassen?"

„Nein, Mutter, ich würde das auch niemals von ihm verlangen."

„Du setzest vielleicht auch noch eine Ehre darein, die Geliebte eines verheirateten Mannes zu werden?"

„Mutter, du siehst Gespenster! Es hat gar keinen Sinn, daß wir über diese Dinge weiter miteinander sprechen. Du verstehst das einfach nicht, daß es zwischen einem Mann und einem Mädchen auch Beziehungen geben kann, die weder ein Verbrechen sind noch auf eine schließliche Ehe hinauslaufen. Die Menschen von heute denken über diese Dinge anders als du! Du sollst dich nicht grämen, Mutter! Ich weiß ganz genau, was ich mir selber schuldig bin, und wenn ich Sympathien für Herrn Dominique habe, so braucht du darin sicher nicht ich weiß nicht was zu sehen!"

„Du willst also noch weiter mit ihm zusammenkommen?"

„Warum denn nicht? Wenn du mir nicht traust — es steht dem garnichts im Weg, daß du auch in das Cafe Weber kommst. Sei doch nicht unvernünftig, Mutter! Warum soll ich denn nicht mit einem Mann zusammenkommen, mit dem ich mal von was anderem reden kann als von den Fleisch- und Butterpreisen? Ich hab doch wahrhaftig nicht so viel Vergnügen, daß du mir diese freundliche Stunde mißgönnen solltest!"

Der Tränenstrom der Mutter schien versiegt. „Du weißt natürlich, daß ich nicht in das Cafe gehen werde. Willst du mir das Versprechen geben, das nichts — Ungehöriges zwischen euch vorkommt?"

„Aber selbstverständlich, Mutter!"

Die Rechnungsrätin sah noch eine Weile ein wenig verstört vor sich hin. „Hast du eine Ahnung, Juscha", sagte sie dann, „wer diesen schändlichen Brief geschrieben haben kann? Es muß doch jemand aus dem Hause gewesen sein!"

„Ach Mutter, das ist doch so gleichgültig! Laß diesen dummen Brief — es war wahrhaftig nicht wert, daß du dir seinetwegen eine traurige Stunde bereitet hast. Komm, wir wollen den Tee trinken!"

Getröstet war die Rechnungsrätin nicht; es wollte ihr nicht in den Sinn, daß ihre kleine Juscha sich nun mit dem Kommerzienrat traf, und daß Beziehungen zwischen den beiden bestanden, über deren Charakter sie sich nicht im klaren war. An sich fand sie es ja begreiflich, daß der Kommerzienrat sich für Juscha stark interessierte, denn sie wußte genau, daß ihre Tochter ein schönes Mädchen war. Aber wohin würden diese Beziehungen führen? Und ohne daß sie sich das selber eingestand, erblickte die Rechnungsrätin irgendwo in weiter Ferne so etwas wie eine leise Hoffnung, daß diese an sich bedenkliche Angelegenheit doch noch zu einem glücklichen Ende kommen werde. Unter einem glücklichen Ende aber verstand die alte Frau selbstverständlich, daß der Kommerzienrat die Bande, die ihn jetzt fesselten, lösen würde. Und wie ein fernes Schattenbild sah sie ihre Tochter als Braut an der Seite des Kommerzienrats.

Mit einem Seufzer setzte sie sich zu Tisch. „Sachen sind das, Kindchen, Sachen! Was man an einem jungen Mädchen erlebt! Und das soll nun eine bessere Zeit sein!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919301120-18/fragment/page=0005

für das Zugabeverbot einzutreten, wurde von Kammermitglied Kaufmann Semmelhaack aus Halberstadt begründet und von der Vollversammlung einstimmig genehmigt.

Zu einer lebhaften Aussprache führte die Frage der Einrichtung von kaufmännischen Gehilfenprüfungen im Kammerbezirk. Ueber die Sahung für derartige Prüfungen berichtete der Leiter des gesamten Bildungswesens der Kammer, Handelsschuldirektor Kaerger. Der Satzungsentwurf fand nach einigen Abänderungen Annahme. Da aber einige Mitglieder gegen die Einrichtung solcher Prüfungen grundsätzliche Bedenken geltend machten, wurde beschlossen, es den örtlichen Schulvorständen zu überlassen, wo und ob solche Prüfungen, soweit sie noch nicht bestehen, eingeführt werden sollten. In Staßfurt werden bereits seit Jahren Gehilfenprüfungen abgehalten und sie haben sich dort gut bewährt. Die von der Regierung geplante Erhöhung des Tabaksolles und der Banderolesteuer für Zigarren, die zu einem starken Rückgang des Verbrauchs und damit zu einem weiteren Niedergang der Zigarrenindustrie führen müßte, soll in einer Eingabe an den Reichsrat nachdrücklich abgelehnt werden.

Die Kammer nahm weiterhin einige Ersatzwahlen zu den Kammer-Ausschüssen vor und genehmigte die seit der letzten Sitzung erfolgten Vereidigungen von Bücherrevisoren, Probenehmern und Wägern. Die von der Kammerleitung aufgestellten Vorschlagslisten für die Ernennung von Handelsgerichtsräten und Handelsrichtern bei den Landgerichten in Halberstadt und Magdeburg wurden ebenfalls gutgeheißen. Schließlich wurde der Ernennung des Oberbürgermeisters Dr. Liebert in Burg und des Konrektors i. R. Schwarzlose in Osterburg zu Vorsitzenden der Schulvorstände der kaufmännischen Berufsschule in Burg und Osterburg beigepflichtet.

In eigener Sache.

Die „Harzer Volksstimme" befindet sich in der angenehmen Lage, in jeder Nummer des „Harzer Trommler" in der „liebenswürdigsten" Weise bedacht zu werden. Sie muß ihnen also wohl sehr zu schaffen machen. In der gleichen Weise werden einige örtliche Parteigenossen und unsere Partei mit Schmutz beworfen. Da die Angegriffenen uns nicht auf diese Stufe der Polemik herunter lassen können, müssen wir ablehnen auf die gemeinen Angriffe zu antworten. Da die Nationalsozialisten aber auf eine Reihe von Geschäftsleuten, die bei uns inserieren, versuchen, mittelbar einzuwirken, ist es die Pflicht unserer Freunde, ihrerseits darauf zu sehen, daß möglichst nur da gekauft wird, wo man sich um die Arbeiterkundschaft durch unsere Presse bemüht.

Annahmestelle der „Harzer Volksstimme".

— 5. Pflichtvorstellung des Theaterbundes. „Meine Schwester und ich" soll uns am Freitag die Bekanntschaft mit Benatzky, dem Wiener Musiker vermitteln und man kann jetzt schon sagen, daß jeder sich über die Bekanntschaft freuen wird. Der erfinderische, und könnerische Benatzky offenbart sich in „Meine Schwester und ich." Wir dürfen eine famose Wiedergabe erwarten. Die Mitglieder des Theaterbundes werden nochmals ersucht, bis heute Donnerstagabend ihre Stammsitze einzulösen. Die Eintrittspreise sind die üblichen Schauspielerpreise. Auch Galerie ist im Vorverkauf zu haben.

— Henny Porten gastiert im Kurtheater. Die Leitung des Theaterbundes teilt mit, daß es ihr möglich sein würde, ein Gastspiel der weltberühmten Filmkünstlerin Henny Porten mit eignem Ensemble im Februar oder März 1931 nach Wernigerode zu bringen. — Für ihre durch ganz Deutschland führende Tournee hat Henny Porten das reizende Versuchsspiel „Die goldene Eva" gewählt. Das Henny Porten-Gastspiel kann jedoch nur stattfinden, wenn alle Theater- und Filmfreunde durch Kartenvorbestellung ein ausverkauftes Haus garantieren; und zwar muß dies noch in dieser Woche geschehen, damit der Abschluß des Gastspiels getätigt werden kann. Um der Honorarforderung der Künstlerin und ihres Ensembles entsprechen zu können, müssen besondere Gastspielpreise in Ansatz gebracht werden und zwar: Sperrsitz 1. bis 4. Reihe und vordere Estradenreihe 4 Mark, der übrige Sperrsitz 3,50 Mark, Bagion 1. Reihe 3 Mark, 1. Platz 2,50 Mark, 2. Platz (numeriert) 2 Mark, Galerie num. Sitzplatz 1,50, Galerie-Stehplatz 1 Mark, Schülerkarten Saalstehplatz 1 Mark. Für die Mitglieder des Theaterbundes sowie für Pensionate ermäßigen sich die Preise um 25 Pfg. Vorbestellungen auf allen Plätzen werden entgegengenommen von Zigarrengeschäft Ramme und Papierhandlung Schaffhäuser (Fernsp. 95).

Kreis Wernigerode.

Schierke, 20. Nov. Brot nach festem Gewicht. Seit dem 12. November ist auch in unserer Gemeinde eine Polizeiverordnung eingeführt, wonach Brot nur nach festem Gewicht zugelassen ist.

Drübeck, 20. Nov. Maul- und Klauenseuche. Unter dem Rindviehbestande des Landwirts Wilh. Bothe, Drübeck Nr. 75 ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Einen Sperrbezirk bilden die Gehöfte Wilh. und Ernst Bothe, sowie Ernst Könnecke. Beobachtungsgebiet bildet der übrige Teil des Ortes. Für den Sperrbezirk gelten die vom Landrat unterm 21. Mai 1930 angeordneten viehseuchenpolizeilichen Anordnungen (Amtsblatt Nr. 7) betr. Maul- und Klauenseuche in Beckenstedt.

Aus Halberstadt.

Die Straße als Verkehrswerber.

Die Kommunen schenken heute der Verkehrswerbung aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen die größte Aufmerksamkeit. Mit allen Mitteln sucht man den Fremdenverkehr zu steigern, jedwede Art der Reklame wendet man an, um möglichst viele Besucher heranzuziehen. Ein ganz ausgezeichnetes Werbemittel stellt eine gute Straße dar und es ist bezeichnend, daß die Schweiz, als ideales Fremdenverkehrsland bekannt, besonderen Wert auf ihren Straßenbau legt.

Es ist erklärlich, daß der Automobilist auf Erholungs- und Vergnügungsfahrten Gegenden mit schlechten Fahrstraßen meidet und gute Straßen, die eben und möglichst staubfrei sind, vorzieht. Sie sind daher eine der besten Werbemittel, um einen starken Automobilistenbesuch nach einer derart begünstigten Gegend hinzuziehen. In einem Aufsatz in der Preußischen Gemeindezeitung weist Dr. Borchert-Essen auf dieses besondere Werbemittel hin. Kreise, Gemeinden usw., die solche Straßen besitzen, sollte sie als wertvolles Aktivum in ihre Verkehrswerbung einsetzen. Andererseits sollten diejenigen Körperschaften, die noch nicht über ein allen Ansprüchen genügendes Straßennetz verfügen, aber auf Fremdenverkehr Wert legen, es sich unbedingt angelegen sein lassen, zunächst einmal ihre Straßen zu modernisieren, damit sie den Anforderungen des Autoverkehrs genügen. Wir in Deutschland bauen vielfach noch zu teuer. So würden häufig schwere Pflasterungen und teure Auslandsbaustoffe ohne zwingenden Grund auf Straßen eingebaut, für die sich nach den im In- und Ausland gemachten Erfahrungen z. B. Teerbauweisen ebenfaut eignen.

Nach den Angaben der Wirtschaftlichen Vereinigung deutscher Gaswerke stellen sich die Herstellungskosten je Quadratmeter bei Kleinpflaster auf 10 bis 14 Mk.; bei Beton auf 9 bis 12 Mk., Walzasphalt auf 8 bis 10 Mk.; aber bei schwerem Teermakadam oder Teerbeton nur auf 6 bis 7 Mk. Die Teerdecken ersparen gegenüber den anderen Decken je Kilometer etwa 10 000 bis 35 000 Mk. Infolge dieser niedrigen Anlagekosten ermöglichen es die Teerbauweisen, mit den verfügbaren Geldmitteln mehr Straßen automobilfähig zu machen, als andere Bauweisen. Auch unter Berücksichtigung der Unterhaltungskosten und der Lebensdauer der verschiedenen Deckenarten schneiden nach Ansicht Dr. Borchers, die Teerstraßen günstig ab. So zeigen z. B. die Vergleiche, die Landesoberbaurat Becker in der Denkschrift zum Etat 1930 der Landstraßenbauverwaltung Hessen-Nassau angestellt hat, daß eine Teerträndecke bei jeder ernsthaft in Erwägung kommenden Lebensdauer wirtschaftssicherer ist als Kleinpflaster. Besonders wichtig ist der Straßenteer für die Anpassung unserer Landstraßen an den Automobilverkehr.

In manchen Teilen Deutschlands, wo man den Fremdenverkehr pflegt, haben die modernen Teerstraßen aus wirtschaftlichen Gründen bereits eine vorherrschende Stellung erlangt. So ist es in Bayern gelungen, durch weitgehende Anwendung der Oberflächenteerung mit bescheidenen Mitteln und in kurzer Zeit den verkehrsreicheren Teil des Straßennetzes gegen die Angriffe des neuzeitlichen Verkehrs zu schützen, die Staubplage zu beseitigen und die Fahrbahnen in einen Zustand zu bringen, der allen billigen Anforderungen gerecht wird. — Wer den Fremdenverkehr wecken und fördern will, muß darum heute den Straßenbau in den Dienst seiner Werbung stellen; denn die Straße ist im Zeitalter des Automobils ein Verkehrswerber ersten Ranges geworden.

Besonders aber könnte dieses unbedingt notwendige Werk vielen Tausenden und Abertausenden Arbeitslosen sofort Arbeit und Brot verschaffen, denn einmal muß auf diesem Gebiet doch Abhilfe geschaffen werden. Wenn sich aus der Ausführung dieser Arbeiten auch kein unmittelbarer Gewinn ergibt, so ist der mittelbare Nutzen in wirtschaftlicher und verkehrspolitischer Hinsicht desto größer zu veranschlagen. Man braucht nur an den geringeren Verschleiß des Gummis, an die größere Staubfreiheit zu denken und anderes mehr.

---

* Straßenbahnverkehr nach dem Friedhof. Aus Anlaß des Totenfestes verkehren die Straßenbahnwagen auf der Strecke Friedhof-Fischmarkt am Freitag und Sonnabend von 13,15 Uhr ab und am Sonntag von 10,15 Uhr ab alle 10 Minuten, bis zum Eintritt der Dunkelheit.

Furchtbares Wohnungselend

Notschrei aus den Doppelhäusern am Beckenstedter Weg in Wernigerode.

Man schreibt uns: In den Jahren 1927 bis 1930 erbaute die Stadt Wernigerode mit den von der Reichsregierung zur Wiederbelebung der Wirtschaft zur Verfügung gestellten Mitteln vier neue Achtfamilien-Doppelhäuser zur Linderung der Wohnungsnot. Aber was wurde daraus? Es sollte dadurch die Not gelindert werden, aber es wurde den Bewohnern zur richtiggehenden Qual, dort zu wohnen. Aus Sparsamkeitsrücksichten setzte man in je ein solches Doppelhaus nicht nur 8 Familien, sondern man sperrte dort 22 Familien ein, der Hausmann eingeschlossen. So kam es vor, daß Familien bis zu 10 Köpfen in einem Zimmer hausen müssen, welches 4 mal 4,20 m groß ist, oder auch nur 4 mal 3,50. Die großen Zimmer kosten 11,67 Mark und die kleinen 9,33 Mark monatlich.

Dieses Einfamilienzimmer ist herrlich ausgestattet, es besteht gleichsam Stube, Küche und Schlafkammer nebst der Nachttoilette, wie das Krankenzimmer. Es ist eine Brutstätte für Wanzen und Schwaben und ist allen West- und Nordwinden ausgesetzt. Die reine Tropenluft herrscht in den Zimmern bei den vielen Menschen auf einem Fleck. Kinder von 8 bis 10 Jahren müssen hier schon sehr frühreif werden. Denn stelle sich ein jeder vor, wie es des Abends gemacht werden muß, wenn die ganze Familie noch dazu mit erwachsenen Söhnen und Töchtern schlafen geht. Wir brauchen kein Kino mehr, aber gesunde Luft fehlt uns in solchem Zimmer des Nachts. Von der Sittlichkeit wollen wir nicht reden, das führt sonst zu weit.

Kehrt mal der Storch in solches Zimmer ein, gleich setzt man des Nachts die andern Kinder auf die Treppe hinaus. 6 Familien benutzen nur eine Wasserleitung nebst einen Ausguß, wo allerlei verdächtige Töpfe und Eimer nach gespült werden, wenn ein anderer sich gerade Kaffeewasser holen will.

Dann die Aborte: dort herrscht zeitweilig der Orkan in der Grube mit einer Windstärke 6 bis 8, daß man sich genötigt fühlt, das Papier mit Steinen zu beschweren, sonst geht es nicht unter. 3 bis 4 Familien müssen sich mit einem Abort abfinden. Das sind katastrophale Zustände.

Aus diesem Grunde kann es uns niemand verdenken, wenn wir Einwohner am Beckenstedterweg stets geschlossen dem Magistrat die Miete vorenthalten haben bei solchen menschenunwürdigen Zuständen. Wir verlangen unbedingt zwei Zimmer nebst Bodenabschlag zur Aufbewahrung von schmutziger Wäsche und die restlose Beseitigung aller Mißstände, so daß wir als Menschen wohnen können und nicht wie Kaninchen im Stalle hausen müssen. Angemessene Miete und keine Wucherpreise sind weitere Erfordernisse, dann zahlen wir gern freiwillig unsere Miete und wir würden 71 Familien mit 317 Köpfen zu den glücklichen Menschen zählen können.

Bis jetzt war es der Fluch der bösen Tat, der diese Verhältnisse herbeigeführt hat. Denn ein jeder Deutscher hat das Recht auf eine gute gesunde Wohnung, wie es die Weimarer Verfassung zusagt.

*

Die Hausverwalter erklären dazu, daß nach ihrer Meinung diese Angelegenheit den zuständigen Stellen überlassen werden muß. — Die sozialdemokratischen Stadtverordneten-Fraktion wird in der Stadtverordnetenversammlung am Dienstag Rede und Antwort stehen.

*

Die Häuser am Beckenstedter Weg.

Wer diese neuerbauten Wohnungen am Galgenberg in Augenschein nimmt und dort herumgeführt wird, kann nur bestätigen, daß die Wohnverhältnisse für die Familien auf die Dauer untragbar sind und man wohl sagen kann, daß dies die Allgemeinheit nicht verantworten kann. Zunächst die Lage der Häuser: auf freiem Felde und schutzlos den starken West- und Nordwestwinden preisgegeben. Außerdem liegt die Straße in der Nähe der städtischen Schutttabladeplätze und das Gelände ist durch die umliegenden Steine sehr feucht, sodaß die Keller nicht die notwendige Trockenheit besitzen. Dann sind die Häuser auch noch sehr leicht gebaut. Aber alle diese Mängel ließen sich im äußersten Fall und auf eine Uebergangszeit hin noch ertragen. Was eine sofortige Abhilfe mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unbedingt notwendig macht, ist die Enge in diesen Zimmern, das Eingesperchtsein (man verzeihe den Ausdruck, aber er entspricht der Wahrheit) der einzelnen Familien in den besonderen Zimmern. Man hat in einem Zimmer, dessen Raum gerade zur Not für ein Ehepaar ausreichen würde, kinderreiche Familien hineingesetzt, oft bis zu zehn Köpfen und mehr. Außerdem hat so eine Familie nur einen kleinen Abschlag im Keller und die Berechtigung, auf dem Boden die Wäsche aufzuhängen. Wer einigermaßen zu denken vermag, kann sich selbst zur Genüge ausmalen, was für Zustände durch ein solches Wohnen der Familien Band an Band nur mit einem gemeinsamen Korridor herbeigeführt werden müssen. Sie sind schon zur Genüge in dem gestrigen Artikel gekennzeichnet worden. An dieser Stelle ist rein sachlich der Versuch zu unternehmen, den Gründen nachzugehen, die zu dieser Kalamität geführt haben und zu erkennen, wie man wohl dem Uebel an seiner Wurzel entgegentreten kann, denn alles Herumdoktern an irgendwelchen äußerlichen Erscheinungen oder Symptomen führt nicht zum Ziel. Wie war es also möglich, daß diese Verhältnisse einreißen konnten? Die Wohnungen sind in den Jahren 1927—30 gebaut worden und zwar, wenn die Informationen richtig sind, für polizeiliche Zwecke. Wie ist das zu erklären? Um diese Zeit etwa wurde die Wohnungszwangswirtschaft zum Teil abgebaut und der Mieter mußte bei einmonatigem Rücktrande mit der Mietzahlung nach Beschluß des Gerichts die Wohnung räumen. Die Polizei hatte aber nach dem Gesetz dafür zu sorgen, daß die Leute von der Straße kommen. Oft waren es kinderreiche Familien, die man nirgends aufnehmen wollte, weil man sich vor dem Lärm und sonstige bestehenden oder eingebildeten Unannehmlichkeiten glaubte schützen zu müssen. Hier ist kurz zu bemerken, daß die heutige Rechtsordnung die Geburtenbeschränkung verbietet und mit hohen Strafen belegt. „Daß man dann diese Familien, soweit sie arm sind, dazu verurteilt, in einem Zimmer zu hausen, ist auch eine höhere Gerechtigkeit, die man nicht versteht." Dabei ist sicher ein Teil dieser Mieter, die die Miete nicht zahlen, selbst schuld und verdient durch sein Verhalten kein anderes Schicksal, aber für wieviele trifft dies gerade nicht zu. Und die letzte angeführte Konsequenz wird bei der heutigen immer stärker grassierenden Wirtschaftsnot mehr und mehr überhandnehmen. Immer häufiger wird der Fall eintreten, daß unverschuldet eine Familie auf die Straße gesetzt wird und wie soll bei den jetzigen gesetzlichen Bestimmungen die Polizei diese Menschen unterbringen. Diese Familie ist einem Schicksal zum Opfer gefallen, das sich gegenwärtig fast mit der Gewalt eines Naturereignisses an uns alle mehr oder weniger vollzieht. Demgegenüber kann nur der Opferwille aller gegenüber allen helfen. Und da leider die Menschen im allgemeinen diese notwendigen Opfer für die Allgemeinheit nicht freiwillig zu tun pflegen, wird man wohl oder übel wieder durch die Gesetzgebung zu helfen suchen. Bei den jetzigen Verhältnissen wird sich die teilweise wiedereingeführte freie Wohnungswirtschaft nicht halten können. Sie hat versagt. Mindestens wäre wohl eine Sperre notwendig, damit keine Räumungen in Zukunft mehr möglich sind. Es ist aus den Ausführungen zu ersehen, daß eine Stadtgemeinde und viel weniger ein Einzelner den Dingen auf die Dauer Herr werden kann, sondern nur das einheitliche Vorgehen der gesamten Volksgemeinschaft. Es sei besonders an das Beispiel des sogenannten „marxistischen" Wien erinnert, wo man die Altwohnungen mit einer besonderen Steuer belegte und aus diesen einkommenden Mitteln Neuwohnungen unter unmittelbarer städtischer Leitung herstellte (nicht wie hier durch Bauunternehmer), die einfach waren, aber allen hygienischen, technischen und kulturellen Anforderungen der Gegenwart entsprachen.

Wie eine Ironie des Schicksals mutet es an, wenn man vom Beckenstedter Weg drüben von den Bergen die mächtigen, steinernen Bauten von ehemals Rathsack, Waggonfabrik, und Maul, Schokoladenfabrik liegen sieht, die dem Verfall preisgegeben sind und dabei ist die Waggonfabrik niemals fertig geworden. Unwillkürlich kommt einem der Gedanke: ließen sich die guten Steine nicht zu Häuserbauten verwenden. Die Fabriken sind doch in der Inflationszeit durch Ausgabe von bei der Einlösung sich entwertenden Notgeld im Grunde genommen mit dem Gelde des kleinen Mittelstandes und den Ersparnissen des Arbeiterstandes aufgebaut worden, kommt nicht schon aus diesem Grunde dieser Wert der Allgemeinheit zu?! Schließlich hat die neue werdende sozialistische Wirtschaftsordnung das Recht des Lebens gegenüber der sterbenden kapitalistischen Wirtschaft und dieser unausbleibliche Entwicklungsgang zum Sozialismus, wie ihn Marx schon vor aut 75 Jahren vorausgesehen hat, muß von jedem aufrechten Sozialisten nach Kräften gefördert werden.

K. B.

---

* Der Zuschuß des Stadttheaters. In der Notiz über den Zuschuß des Stadttheaters vom Montag, 17. November ist, wie jeder aufmerksame Leser bemerkt haben wird, ein auf einem Schreibfehler beruhendes, rechnerisches Versehen unterlaufen. Es heißt in der Notiz: demnach verbleibt ein wirklicher Betriebsaufschuß für das Theater von 58 555 Mk. Tatsächlich beträgt nach den aufgeführten Zahlen der wirkliche Zuschuß für das Theater nur 48 545 RM.

* Kauft Wohlfahrtsmarken! Das Wohlfahrtsamt der Stadt Halberstadt hat neben der Reichspost den Vertrieb der Wohlfahrtsbriefmarken hier in Halberstadt übernommen. Der Erlös aus dem Wohlfahrtsaufschlag soll in erster Linie für Mütter, Kinder und Jugendliche unter besonderer Berücksichtigung der Erholungsfürsorge verwendet werden. Es sind folgende Marken zur Ausgabe gelangt: 8 ₰-Marken zum Verkaufspreis von 12 ₰ mit einem Städtebild von Aachen, 15 ₰-Marken zum Verkaufspreise von 20 ₰ mit einem Städtebild von Berlin, 25 ₰-Marken zum Verkaufspreise von 35 ₰ mit einem Städtebild von Marienwerder und 50 ₰-Marken zum Verkaufspreise von 90 ₰ mit einem Städtebild von Würzburg. Außerdem werden Markenheftchen mit 10 Marken je 8 ₰ und 4 Marken zu je 15 ₰ zum Verkaufspreise von 2 ℳ, sowie Postkarten mit eingedruckter 8 ₰-Marke zum Verkaufspreise von 12 ₰ abgegeben. Die Marken werden in der Stadthauptkasse, der städtischen Steuerkasse und der städt. Sparkasse, der Geschäftsstelle der Halberstädter Zeitung, Fischmarkt 13 und bei Nummert, Fischmarkt 2, abgegeben. Den Wohlfahrtsaufschlag erhält zu 20 Prozent die Deutsche Nothilfe und zu 80 Prozent das hiesige Wohlfahrtsamt zur Behebung der örtlichen Not. Der Magistrat bittet, um des Zweckes der Erholungsfürsorge für Mütter, Kinder und Jugendliche willen, Wohlfahrtsbriefmarken zu verwenden; jeder, dem es möglich ist, sollte eine Woche lang seine Geschäfts- und Privatpost nur mit Wohlfahrtsbriefmarken versehen.

* Fesselballon als Reklame. Ueber dem Lichtschauspielhaus schwebt seit gestern ein Reklame-Fessel-Ballon, der weit über die Stadt hinaus sichtbar ist. Abends wurde der Ballon sehr wirkungsvoll durch Scheinwerfer beleuchtet. Der mit Wasserstoffgas, wie die Zeppelin-Luftschiffe, gefüllte Ballon macht Reklame für den Film „Westfront 1918", dem ersten Kriegs-Ton-Film, der gegenwärtig mit großem Erfolg im Lichtschauspielhaus läuft. Die gestrigen Vorstellungen waren ausverkauft.

Partei-Genossinnen und -Genossen, werbt für Euer Blatt!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919301120-18/fragment/page=0006

Aus Wehrstedt.

we. Achtung! Mieter! Nach Inbetriebnahme der Fäkalienpumpe versuchen die Hauswirte, die Kosten der Reinigung der Fäkaliengruben auf die Mieter umzulegen. Das ist unzulässig. Abfuhr von Asche und Fäkalien ist in der Friedensmiete enthalten. Die Gemeindeverwaltung bestätigt auf Anfrage jedem, daß die Umlegung der Kosten unzulässig ist. In der letzten Gemeinderatssitzung wurde festgestellt, daß ein Hauswirt seinen 13 Mietern je 1 Mark für Fäkalienabfuhr abgenommen hat, bezahlt hat er aber noch keine 6,50 Mark.

we. Der Gemeinderat tagt. Am Montag war der Gemeinderat zusammengerufen, um eine unangenehme Angelegenheit zu erledigen: „Einführung neuer Steuern". Anlaß hierzu war eine Mitteilung des Landrats, daß mit einer Kreissteuererhöhung um 12 Prozent gerechnet werden muß. Bei der Steuernotverordnung sind die Landkreise leer ausgegangen. Die Gemeinden erhalten die vollen Steuerbeträge, der Kreis muß aber ihre Wohlfahrtslasten mit 70 Prozent finanzieren. Das ungeheure Anwachsen der Wohlfahrtslasten durch die rigorose Drosselung der Ansprüche an die Erwerbslosenfürsorge hat aber sämtliche Haushaltspläne der Kreise und Gemeinden umgestoßen. Das trifft auch den Landkreis, der ja über ⅔ der Wohlfahrtskosten anteilig trägt, besonders zu. Er kann an Steuereinnahmen der Gemeinden sich beteiligen. Die gerechteste Form ist aber die indirekte Beteiligung durch Erhöhung der Kreissteuer, denn die Wohlfahrtskosten sind nicht Einzelerscheinungen der Gemeinden, sondern eine Angelegenheit, die das gesamte Volk als Kriegsfolge trifft und deshalb gerechterweise von allen Kreisen getragen werden muß. Die Erhöhung der Kreissteuer belastet die Gemeinde mit 2600 Mark. Der Wohlfahrtsetat ist erschöpft. Benötigt werden für das laufende Rechnungsjahr noch mindestens 3000 Mark. Außerdem ist der Anschlag für Straßenerhaltungskosten um 1634 Mark überzogen, sodaß zur Zeit ein Fehlbetrag von 7224 Mark besteht. Dazu kommt noch ein Fehlbetrag aus vorigem Rechnungsjahr, der mindestens 5000 Mark beträgt. Als sorgsame Gemeindevertreter mußten daher die Gemeinderatsmitglieder nach neuen Einnahmen Ausschau halten. Eine Erhöhung der Grundsteuern kommt nicht in Frage, da Wehrstedt bereits die höchsten Zuschläge erhebt. Die Genehmigung der Aufsichtsbehörde wäre nicht zu erlangen gewesen. Als letztes bleibt nur die Bürgersteuer. Trotzdem die Verfassungsmäßigkeit dieser Steuer umstritten ist, haben die Fraktionen schweren Herzens zugreifen müssen. Sie wirkt sich fast wie eine Realsteuererhöhung aus. Eine Erhöhung der Grundsteuern wäre auf Verbraucher und Mieter abgewälzt, wie das Beispiel der Stadt beweist. Auch die bürgerliche Seite des Gemeinderats erkannte die rohe Form der Bürgersteuer an, die für einzelne eine Bagatelle, für andere eine empfindliche Verknappung der Ernährungsdecke ist. Aber die Vorgänge in der Stadt zeigen, daß Realsteuererhöhungen noch höhere Belastungen für die Minderbemittelten bringen, als die Einführung der Bürgersteuer. Nachdem die Preuß. Ausführungsbestimmungen Milderungen für Nichteinkommensteuerpflichtige bringt und in besonders gelagerten Fällen Härteausgleiche möglich sind, stimmte auch die sozialdemokratische Fraktion zu, weil hierdurch die Einziehung durch das Finanzamt ermöglicht wird. Hätte die Gemeinde später die Realsteuer erhöhen und damit zwangsläufig die Bürgersteuer einführen müssen, muß die Gemeinde sie selbst einziehen. Ein großer Teil des Ertrages hätten dann die Einziehungskosten verschlungen, so kommt das Einnahmeergebnis voll dem Wohlfahrtsetat zugute. Die kommunistische Einmännerfraktion erklärte die Ablehnung der Steuer. Somit wurde die Bürgersteuer beschlossen. Die Gemeindevertretung stimmte noch einem Treuevertrag mit der Heimstättenbaugenossenschaft zu. Das Landesbauamt verlangt, daß die Gemeinde mit der Umänderung der Brückenrampe durch den Brückenumbau sich einverstanden erklärt und spätere Schadensersatzansprüche der Anlieger übernimmt. Das letztere lehnte die Gemeindevertretung ab. Außerdem ist der Fußweg von der Halberstädter Seite bis zur Brücke gepflastert, auf der Wehrstedter Seite nicht. Der Fahrdamm ist neu gelegt, ein Fahrradweg geschaffen, aber für den Fußgänger ist nichts übrig geblieben. Weil er früher nicht gepflastert war, soll der Zustand nicht geändert werden. Die Provinzialverwaltung sitzt in einer Kleinstadt, sie neigt anscheinend in ihren Ansichten zu spießerischer Kleinbürgerlichkeit. Dann gab der Amtsvorsteher noch bekannt, daß nach regierungspolizeilicher Vorschrift die Straßen wöchentlich zweimal (Mittwoch und Sonnabends) zu reinigen sind und in Kürze eine Revision der Aschengruben erfolgt. Säumige Hausbesitzer werden bestraft. Kleinere Anfragen beschlossen die Sitzung.

Aus Osterwieck.

owf. Vom Ortsausschuß. Am Montag tagte im „Ratsgarten" der Ortsausschuß des ADGB. Den Bericht von der am Sonntag, den 16. November, in Halberstadt abgehaltenen Konferenz des Unterbezirks Halberstadt des ADGB. gab der Kollege Otto Ihle. Eine rege sachliche Debatte schloß sich an. Zur Frage der Bildungsvorträge wurde dem Vorstand aufgegeben, sich baldigst mit den maßgebenden Stellen in Verbindung zu setzen. Am Sonntag, den 30. November findet unter dem Titel „Mobilmachung der Volksbataillone gegen Großkapital und seine Nasibanden" eine große gemeinsame Demonstration aller Gewerkschafter, Parteigenossen und Reichsbannerkameraden statt. Es ist eines jeden Gewerkschaftlers Pflicht, sich an dieser Demonstration zu beteiligen. Eine neue Maßnahme des Kreises gegen Sozial- und Kleinrentner sowie Ausgesteuerte wird gebührend gekennzeichnet und auf das schärfste verurteilt.

owf. Der Verein für Vogelkunde, Schutz und Liebhaberei trat erstmalig am vergangenen Sonnabend und Sonntag mit einer Ausstellung im Ratsgarten an die Oeffentlichkeit. Die Ausstellung war gut beschickt und erfreute sich eines zahlreichen Besuches. Ausgestellt waren außer rund 100 Kanarienhähnen verschiedene ausgestopfte Wildvögel und außerdem Futtermittel, Futterkästen usw. Die Preise für die Aussteller wurden größtenteils von einheimischen Geschäftsleuten gestiftet. Zur Verteilung gelangten in der Selbstzuchtklasse 24 Preise, in der allgemeinen Klasse 48 Preise.

Kreis Halberstadt.

Langenstein, 19. November. Der Gemeindesekretär Kasten teilt mit, daß der in der vorigen Nummer geschilderte Vorfall im Gemeindebüro mit dem Postbeamten Kruse eine Angelegenheit privater Natur gewesen wäre, die in keiner Verbindung mit seinem Dienst stände. Es träfe auch nicht zu, daß ihm „ähnliche Vorkommnisse" zur Last gelegt werden könnten.

Klein-Quenstedt, 17. November. Eine Generalversammlung des Schrebervereins e. V. fand am Sonntag nachmittag im Lokal von Hermann Bienert statt, die sehr gut besucht war. Aus dem Kassenbericht, den Schreberfreund G. Balster gab, war festzustellen, daß die Kassenverhältnisse gut sind. Es ist ein Gesamtbarbestand von 192 Mark vorhanden. Die Kasse ist von der Revisoren geprüft und für richtig befunden worden. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Zum Geschäftsbericht stattete der Vorsitzende Schreberfreund Gustav Kröckel noch nachträglich den Mitwirkenden vom diesjährigen Sommerfeste für das gute Gelingen seinen Dank ab. Er gab noch bekannt, daß der Zugangsweg zu den neuen Schrebergärten in nächster Zeit in der von der Gemeindevertretung beschlossenen Art hergestellt werden könne, da die hierzu erforderliche Genehmigung des Amtsvorstehers in Aussicht stände und ersuchte die neuen Pächter um ihre tatkräftige Mithilfe. Wie alljährlich soll am ersten Weihnachtsfeiertag ein Wintervergnügen stattfinden. Hierzu soll ein Festbeitrag in Höhe von 50 Pfg. pro Mitglied erhoben werden. Es soll geboten werden, eine Kinderbescherung am Nachmittag und abends Konzert, Theater und Ball. Von einigen Mitgliedern wurde Klage über verschiedene Mängel, die die Einfriedigung der alten Schrebergärten aufreist, geführt, und es wurde beschlossen, daß einige Erwerbslose mit der Ausbesserung des Zaunes beauftragt wurden. Wenn der Zaun wieder in Ordnung ist, soll den vielen sich in der Gartenanlage aufhaltenden Hasen und den Pelz gerückt werden, wozu alle Gartenfreunde schon jetzt freundlichst eingeladen sind.

Heudeber, 20. November. Am Freitag, den 21. d. Mts., findet bei Karl Haberer ein Lichtbildervortrag, veranstaltet vom Ortsverein der sozialdemokratischen Partei statt. Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden.

Hornburg, 18. November. Am heutigen Tage feierte der Bahnbeamte Ferdinand Schulz, Vorwerkstraße seine silberne Hochzeit. Als langjährige Leser des Halberstädter Tageblatts wünschen wir dem Jubelpaar noch weitere 25 Jahre in Glück und Frieden.

Protest der Tabakarbeiter.

Gegen die Tabakzollerhöhungen.

w. Oschersleben, 20. November.

Zu einer Protestkundgebung gegen die geplanten Zollerhöhungen der Reichsregierung hatte die Ortsverwaltung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes eingeladen. Der große Stadtparksaal war von den Beschäftigten der Tabakindustrie, wie auch von sonstigen Interessenten, dicht gefüllt.

Als Referent war das Vorstandsmitglied des Tabakarbeiter-Verbandes, Kollege Kiel-Bremen erschienen. Dieser wies auf die letzten Maßnahmen der Reichsregierung hin. Eigentümlich sei dabei, daß die Ersparungen auf der einen Seite eine ungeheure Belastung auf der anderen Seite auslösen würde, deren Auswirkungen geradezu katastrophal seien. Während heute der einzuführende Tabak eine Zollbelastung von 80 M. pro Doppelzentner erführe, zu welcher eine Banderolensteuer von 20 Prozent auf die Kleinverkaufspreise der Fertigfabrikate hinzutreten, plane die Regierung die Erhöhung der Zollsätze auf 400 M. pro Doppelzentner. Redner schilderte mit Zahlenmaterial, wie sich die Entwicklung der Zoll- und Steuersätze auf die Tabakfabrikate in den Jahren nach dem Kriege im Verhältnis zu den anderen Steuersätzen ausgewirkt habe und stellte dabei fest, daß die Erhöhung der Tabaksteuer das sechsfache gegenüber dem zweifachen der sonstigen Verbrauchssteuern betrage. Leider habe sich das Verhältnis herausgebildet, daß alle Etatsschwierigkeiten durch Belastung des Tabakkonsums ausgeglichen worden seien. Trotzdem diese neuen Belastungen nichts weiter als eine Stillungsaktion der deutschen Tabakproduzenten darstelle, sei selbst von dieser Seite Sturm gegen die neuesten Maßnahmen erfolgt. Von vielen Seiten wird der Hinweis eingeworfen, daß die Tabakprodukte Genußmittel darstellen, deren Verbraucher somit auch die Steuern zu zahlen in der Lage wären. Man darf dabei nicht vergessen, daß die deutsche Zigarrenindustrie über 138 000 Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt, die bei weiteren steuerlichen Belastungen zur Arbeitslosigkeit verdammt seien. Selbst die Regierung rechne damit, daß Entlassungen in großem Stile die Folgeerscheinung sein werden, denn in der Regierungsvorlage erscheinen bereits Unterstützungsmaßnahmen für die Geschädigten. Die Protestmaßnahmen der interessierten Kreise habe bereits bewirkt, daß die Regierung dem Reichsrat bereits eine veränderte Vorlage unterbreitet habe, die in ihren Auswirkungen jedoch dieselben Schäden zur Folge haben wird.

Eine weitere Ungerechtigkeit liegt darin, daß die Zollbelastung auf alle Tabakforten die gleiche ist. Dadurch entwickelt sich ein Verhältnis, daß die billigeren Fabrikate ungleich höher belastet, als z. B. Zigarren im Kleinverkaufspreise von ca. 25 Pfg. und darüber. Auch der Hinweis, daß gleiche Zollmaßnahmen in England längst durchgeführt seien, treffe für Deutschland nicht zu. Während in Deutschland im Durchschnitt auf den Kopf der Bevölkerung ein Zigarrenverbrauch von 108 Stück im Jahr falle, beträgt dieser Durchschnitt in England nur 4 Stück pro Kopf und Jahr. Zur Herstellung der in England insgesamt verbrauchten Zigarren seien nur ca. 5 500 Beschäftigte erforderlich.

Der Redner wies nun auf den Stand der Arbeitslosen im deutschen Tabakgewerbe hin. Er schilderte weiter den allgemeinen niedrigen Stand der Löhne in der Industrie und kam zu dem Schluß, daß die deutsche Tabakarbeiterschaft nicht in der Lage sei, weitere Krisen zu ertragen. Der Kollege Kiel forderte die anwesenden Beschäftigten auf, den letzigen Kampf nicht vereinzelt, sondern nur als Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiterverbandes zu führen.

Der Vorsitzende Schaltegger brachte sodann die nachstehende

Entschließung

zur Verlesung, die von den Anwesenden einstimmig angenommen wurde und den in Frage kommenden Behörden weitergeleitet werden soll.

„Die am 17. November 1930 im Oschersleben im „Stadtpark" tagende äußerst stark besuchte öffentliche Arbeiterversammlung, an denen auch die Angestellten des Tabakgewerbes, sowie sonstige Interessenten teilnahmen, protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Mehrbelastung, die dem Tabak und den Tabakerzeugnissen in völlig einseitiger Weise wieder aufgebürdet werden sollen. Die Maßnamen der Reichsregierung stehen im strikten Widerspruch zu dem allgemeinen Verlangen nach Preissenkung und Arbeitsbeschaffung. Für die sehr bedeutende Zigarillofabrikation am Orte, in der 540 Arbeiter und Angestellte beschäftigt sind, wird sich die neue Zoll- und Tabaksteuererhöhung katastrophal auswirken. Eine sehr große Anzahl müssen aus dem Produktionsprozeß ausscheiden oder werden zu langanhaltender Kurzarbeit verurteilt. Andere Arbeitsmöglichkeiten sind nicht vorhanden. Die Versammlung richtet deshalb an alle maßgebenden Personen, insbesondere an die Reichstagsabgeordneten und behördlichen Instanzen die dringende Forderung, bei der Reichsregierung einzuwirken, daß die Tabak-Zoll- und Steuererhöhung abgelehnt wird."

Aus Oschersleben.

o. Der Metallarbeiterverband hielt am Sonnabend abend eine gut besuchte Versammlung ab. Der Kollege Bock sprach über die Lehren des Berliner Metallarbeiterkampfes. Er schilderte das Zustandekommen des Streikes und ging dann auf die Querreibereien der Kommunisten ein. Nicht die Gewerkschaftsopposition, sondern der Metallarbeiterverband habe die unbestrittene Führung in dem Kampfe gehabt. Mit scharfen Worten geißelte er den zweiten Schiedsspruch und gab der Erwartung Ausdruck, daß die Gewerkschaften alles daransetzen, daß das Schulbeispiel von Berlin sich nicht auf das übrige Deutschland auswirke. Im weiteren Verlauf der Versammlung erstattete der Kollege Wohltat den Bericht von der Bezirkskonferenz und der Kollege Bock über die wirtschaftliche Lage im Harzbezirk.

o. Generalversammlung der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter. Am Sonnabend abend hielt die vorgenannte Organisation im Stadtpark eine Generalversammlung sämtlicher Sektionen ab. Der Kollege Israel-Halberstadt erstattete einen ausführlichen Bericht von den Verhandlungen des verflossenen Verbandstages in Hamburg. Weiter gab der Vorsitzende Kollege Rentsch einen Bericht über das 3. Quartal. Viel Arbeit war zu leisten, um die Interessen der Organisation, wie auch der Mitglieder voll zu wahren. Trotz der schweren Wirtschaftslage ist es im vergangenen Quartal möglich gewesen, der Organisation wieder über 100 neue Mitglieder zuzuführen. Eigentümlich berührte das Verhalten der Germania-Brauerei, die verkürzte Arbeitszeit eingeführt habe. Diese Handlungsweise ist deshalb unverständlich, da gerade die Brauereien noch immer die besten Gewinne abwerfen. Der Koll. Rentsch wies noch auf den Beschluß des Verbandstages hin, wonach 50 000 Mark zur Weihnachtsfeier für die erwerbslosen Mitglieder bereit gestellt seien und gibt bekannt, daß die Ortsverwaltung darüber hinaus eine weitere Sonderaktion vornehme. Ein gemütliches Beisammensein schloß sich an.

Aus Schwanebeck.

sa. Unfälle. Beim Transport von Schienen kam der auf dem Portland-Zementwerk beschäftigte Maurer Andreas Specht zu Fall und schlug mit dem Gesicht auf eine Schiene auf. Auf dem Bahnhofe wurde der Arbeiter Reinhold Bonde beim Ankoppeln eines Anhängers an den Lastkraftwagen der Firma Harzer Margarine-Werke Schwanebeck mit Schultern und Kopf eingeklemmt. Beide Unfälle sind noch glimpflich abgelaufen.

Kreis Oschersleben.

Dingelstedt, 17. November. In der Gemeindevertretersitzung am Freitag, den 14. November, wurde die Polizeiverordnung zum Ortsstatut betr. die Reinigung der öffentlichen Wege und die Polizeiverordnung betr. den Verkauf von Brot nach festem Gewicht von der Gemeindevertretung als Amtsausschuß einstimmig angenommen. Die beiden Nazis und ihr geistiger Führer Taute von der Liste „Wirtschaftliche Vereinigung" stellten bereits zum 4. Oktober 1930, den Antrag, eine Kommission für die Rechnungsprüfung zu wählen, welche paritätisch zusammengesetzt sei. Diesem Antrage wurde stattgegeben und fand die Wahl am 4. Oktober 1930 statt. Gewählt wurde außer Grune (SPD) noch Taute. Ein Nazi wurde nicht vorgeschlagen. Diesen Mut brachte keiner der Anwesenden auf. Darauf legten die beiden Nazis, 4 Tage später, beim Landrat Beschwerde ein, mit der Begründung, daß die Zusammensetzung der Kommission nicht paritätisch sei und stellten den Antrag auf Neuwahl. Da Bestimmungen, daß die Kommission paritätisch zusammengesetzt sein muß, nicht bestehen, stellten die Nazis in der letzten Sitzung den Antrag die vorige Wahl bestehen zu lassen. Diesem wurde jedoch nicht stattgegeben und bei der Neuwahl wurde auch noch der Führer Taute wieder hinausgewählt. An dessen Stelle tritt der Klempnermeister Staats. Als der Vorsitzende den Beschwerdeführer den wohlgemeinten Rat gab, bei der Abfassung der Beschwerden einen Duden zur Hand zu nehmen, da die vielen Fehler ein schlechtes Licht auf den Verfasser werfe, richtete der Verfasser der Beschwerde, Landwirt O. Kruse, welcher außer Bürgerschulen, wohl auch noch andere Schulen besucht hat, an seinen Nachbar die Frage: „wat öfin dett". Dieser wandte sich jedoch entrüstet ab ob dieser kindlichen Frage. Die Erteilung einer Erlaubnis an den Landwirt Köhler zur Anlage einer Anschlußleitung an die zur Badeanstalt führende Wasserleitung wurde einstimmig angenommen. Nach dieser Sitzung tagte die Wohlfahrtskommission, welche nur aus der Hälfte der Gemeindevertreter besteht, da die Nazis alle Vorschläge zur Wahl abgelehnt haben.

Aus Thale.

t.* Zum Kapitel Preisabbau. Nachdem dem Arbeiter der Lohn sehr kurz gehalten, dem kleinen Beamten und Angestellten die Gehälter gekürzt wurden, werden die Lebensmittelpreise noch längst nicht herabgesetzt. O doch, die Milch ist wohl bereits um 2 Pfg., die Briketts um 5 Pfg. billiger geworden. Nicht viel, aber immerhin, eine anzuerkennende „reale Tat". Aber wo bleibt die Preissenkung für die übrigen, weit weit wichtigeren Lebensmittel, als da sind: Fleisch, Wurst, Schmalz, usw. Die Schlächterinnung von Thale glaubt doch wohl nicht, daß sich die breite Masse von Thale mit der vor einiger Zeit abgegebenen Erklärung der Innung so ohne weiteres abfindet. Die Schlachter nehmen der treuen Kundschaft die allwöchentlich immer wieder kommen muß, zu hohe Preise ab. Preise, die auf keinen Fall mit dem Einkommen der Arbeiter und der kleinen Beamten und Angestellten im Einklang stehen. In Thale wird wohl zur Selbsthilfe geschritten werden müssen.

t.* Arbeitersport- und Kulturkartell Thale. Die Sozialistische Arbeiterjugend Thale a. H. veranstaltet am Totensonntag (23. 11.), morgens 10 Uhr, im Saal ihres Heims (Soziale Frauenschule) eine würdige Totengedenkfeier. Da die Feier unter dem Motto: „Nie wieder Krieg" steht, werden die Vereine erfucht, regen Anteil zu nehmen an der Totengedenkfeier der Arbeiterjugend. Der Stadtverordnetenvorsteher Gen. Wegener wird die Totengedenkrede halten. Der Unkostenbeitrag beträgt 20 Pfg. — Der Theaterverein „Edelweiß" veranstaltet im Gasthof „Zur Forelle" um 20 Uhr (Totensonntag) ebenfalls eine Totengedenkfeier mit dem Schauspiel „Mutterleid im Bettlerkleid". Der Bandonionklub (Kapelle Wisse) wirkt bei beiden Feiern mit.

td. Silberne Hochzeit. Am Mittwoch feierte das Ehepaar Emil Köth das Fest der silbernen Hochzeit. Wir gratulieren nachträglich.

t.* Freidenkerversammlung. Am Sonnabend, den 22. November, findet eine Mitglieder-Versammlung der Freidenker in der grünen Tanne statt. Beginn 20 Uhr.

td. Zum Unfall Ackert muß mitgeteilt werden, daß es jetzt schlecht mit Gen. Ackert steht. Ein Auge scheint an Sehkraft eingebüßt zu haben.

td. Turner-Versammlung. Am Sonnabend hielt die Turn- und Sportvereinigung eine gutbesuchte Mitgliederversammlung im Restaurant „Steinachtal" ab. Einleitend wurde ein Lichtbildervortrag „Motive aus der körperlichen Erziehung der Männer und Jugendlichen" gezeigt. Anschließend wurde der Bericht von der Ortsausschußsitzung erstattet. Auch wurde die Weihnachtsfeier der Kinder besprochen. Das Frauenturnen fällt jetzt Dienstag und Freitag zusammen mit dem Männerturnen. Dadurch ist ein Abend zur Vorturnerschulung gewonnen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919301120-18/fragment/page=0007

Aus Quedlinburg.

gr. **Die Mitgliederversammlung der Konsumgenossenschaft** am Montag hatte sich, wohl infolge des einsetzenden Schneegestöbers, keines guten Besuches zu erfreuen. Genosse Horl erstattete den Jahresbericht und bemerkte, daß der Umsatz von 1 007 174 Mk. auf 1 125 312 Mk., also um 11,7 Prozent, gestiegen sei. Der Durchschnittsumsatz beträgt 332,83 Mk. und ist gegenüber dem Vorjahre um 3,17 Mk. gesunken. Die Bäckerei konnte seit Dezember 29, also in 7 Monaten, einen Umsatz von 118 779 Mk. erzielen. Beschäftigt wurden ständig 1 Bäckermeister und 6 Bäcker und Konditoren. Allgemein werden die Backwaren gelobt, nur könnte noch viel mehr die Bäckerei in Anspruch genommen werden. In den einzelnen Warenabgabestellen seien im Absatz von Backwaren große Unterschiede. Auch die Sparkasse konnte trotz der schlechten Lage eine Mehreinlage von 31 669,43 Mk., d. s. 21 Prozent mehr als im Vorjahre, buchen. In der Mitgliederbewegung konnte ein erfreulicher Zugang von 2976 am 1. Juli 1929 auf 3384 am 30. Juni 1930 festgestellt werden. Sterbeunterstützung sind in 11 Fällen 1510 Mk. ausgezahlt. Die Bilanz schließt nach Abzug aller Unkosten, Rabatt und Verpflichtungen mit einem Reinüberschuß von 4571,12 Mk. ab. 56 Personen, darunter 26 Verkäuferinnen, bekamen durch die Genossenschaft Lohn und Brot. Allein die erhöhte Umsatzsteuer für Konsumverein kostet der Genossenschaft jährlich 2000 Mk. Genosse Wiesel verbreitete sich über den verschleierten Preisabbau, der doch im Endziel nur Lohnabbau für die Arbeiterschaft bedeute. In Berlin soll jetzt das 2½ Pfund-Brot von 50 auf 46 Pfg. herabgesetzt werden. Wir legen unserem Brotpreis einen Grundpreis von 17 Pfg. pro Pfund zugrunde, sind also schon jetzt bedeutend billiger. Genosse Neumann gab dann den Bericht vom Verbandstag.

gr. **Volkstümliches Doppelkonzert.** Heute abend findet das erste, der auch in Arbeiterkreisen beliebten billigen Konzerte des Konzertorchesters und der Reichswehrkapelle statt. Geleitet wird es vom Kapellmeister Waldo Zimmer und Musikmeister Paul Müller.

a.* **Die Metallarbeiter** halten am Freitag, den 21. November, 20 Uhr, eine Mitgliederversammlung ab. (Siehe Inserat.)

Kreis Quedlinburg.

Reinstedt, 19. November. Eine öffentliche Sportversammlung findet am Sonnabend, 20 Uhr, beim Gen. Bergmann, Felsenschänke, statt. Um 19 Uhr findet im selben Lokal eine Mitgliederversammlung des Reichsbanners statt. Auch alle Parteigenossen sind herzlich eingeladen.

Reinstedt, 17. Nov. Die Freie Turn- u. Sportvereinigung hielt am Sonnabend eine Mitgliederversammlung in der „Felsenschänke" ab. Es wurde beschlossen am zweiten Weihnachtstag ein Vergnügen abzuhalten. Am Sonnabend, den 22. November, abends 8 Uhr, hält die Sportvereinigung eine Verbeversammlung in der „Felsenschänke" ab. In dieser spricht Genosse Paul Ellermann-Aschersleben über „Arbeitersport und Deutsche Turnerschaft". Dann fand eine Aussprache über den Turnbetrieb statt.

Sport.

Arbeiter-Schwimm-Verein „Wasserfreunde" Halberstadt. Die Genossinnen und Genossen, welche an der Rettungsprüfung teilnehmen, treffen sich heute, Donnerstag, 20 Uhr, bei Nubberas.

2. Kreis. 1. Bezirk. Bezirksschule. Der Lehrgang für Musik und Leibesübungen findet am 22. und 23. November in Wernigerode statt. Die Teilnehmer treffen sich am 22. November um 18.30 Uhr im Gewerkschaftshause zur Quartierverteilung. Um 19 Uhr hält der Genosse Hennebera-Magdeburg im städt. Jugendheim einen Vortrag über „Sport und Sozialismus". Anschließend findet ein Vortrag des Genossen Walter Riedel-Leipzig über das Thema „Musik und Leibesübungen" statt. Sonntag, den 23. November, von 8—13 Uhr Musikturnen und praktisches Ueben.

Jugendbewegung

Sozialistische Arbeiter-Jugend. (S. A.-J.)

Halberstadt. Am Freitag ist die erste Zusammenkunft des Funktionär- und Aelterenkreises im Marie Hauptmannstift. Papier und Bleistift mitbringen.

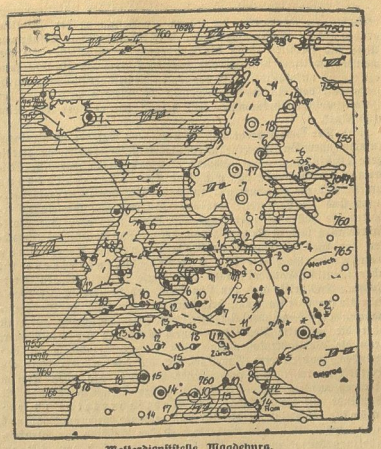
Freie Gewerkschaftsjugend.

Jungbuchdrucker Halberstadt. Freitag, den 21. November, 20 Uhr, im Tagesraum der Jugendherberge, Domplatz 49. Fortsetzung des Kursus „Schriftschreiben". Pünktliches und allseitiges Erscheinen wird erwartet.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold"

Halberstadt. Am Sonnabend, den 22. November, 20 Uhr, findet im Elysium ein bunter Abend zum Besten der Arbeiter-Wohlfahrt statt. Unsere Kameraden werden ersucht, denselben möglichst zu besuchen.

Amtliche Wetternachrichten.



Wetterdienststelle Magdeburg.

Voraussichtliche Witterung bis 21. November, abends:

Mit großer Geschwindigkeit ist die Frostlage zum Abschluß gekommen. Vom Atlantischen Ozean her sind Warmluftmassen in Westeuropa eingedrungen, die am Bustag bis weit nach Mitteleuropa herein Niederschlag brachten. Unser Gebiet gewinnt nunmehr wieder Anschluß an milde ozeanische Strömungen, an deren Nordseite über die Britischen Inseln ein Tief nach der Nordsee vorgedrungen ist. Das Wetter der nächsten Tage wird unter den Einfluß dieser maritimen Strömungen ziemlich wolkig und mild sein und mehrfach Regen bringen.

Aussichten: Bei vorwiegend westlichen Winden wolkiges und mildes Wetter, zeitweise Regen.

Schöne weiße Zähne

Auch ich möchte nicht verfehlen, Ihnen meine größte Anerkennung und vollste Zufriedenheit über die „Chlorodont-Zahnpaste" zu übermitteln. Ich gebrauche „Chlorodont" schon seit Jahren und werde ob meiner schönen weißen Zähne oft beneidet, die ich letzten Endes nur durch den täglichen Gebrauch Ihrer „Chlorodont-Zahnpaste" erreicht habe. E. Reichelt, Sch. ..... Versuchen Sie es zunächst mit einer Tube Chlorodont-Zahnpaste zu 60 Pf. Verlangen Sie aber echt Chlorodont und weisen Sie jeden Ersatz dafür zurück.

Zwangsversteigerung.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll

am 7. April 1931, 9 Uhr

an der Gerichtsstelle — Landgerichtsgebäude — Zimmer Nr. 8 versteigert werden, das im Grundbuche von Halberstadt, Band 14, Blatt Nr. 589 (eingetragene Eigentümer am 27. September 1930, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks, der Fleischer Otto Michaelis und dessen Ehefrau Friederike geb. Freiberg in Halberstadt, zu gleichen Anteilen) eingetragene Hausgrundstück Paulsstraße Nr. 11 mit Hofraum, Stall, Hintergebäude pp. Gemarkung Halberstadt, Kartenblatt 48, Parzelle 141, 2,99 a groß, Grundsteuermutterrolle Art. 4734, Nutzungswert 1440 Mark, Gebäudesteuerrolle Nr. 1666.

Der auf den 9. Dezember 1930 anberaumte Termin aufgehoben.

Halberstadt, den 14. November 1930.

Das Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Wegen Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche unter dem Viehbestande des Rittergutes in **Derenburg** wird das Seuchengehöft und die Taubenstraße zum Sperrbezirk erklärt. Der übrige Teil der Ortschaft bildet Beobachtungsgebiet.

Für den Sperrbezirk haben die §§ 2—10 meiner viehseuchenpolizeilichen Anordnung vom 8. März 1927 und für das Beobachtungsgebiet die §§ 1—8 meiner viehseuchenpolizeilichen Anordnung vom 26. Mai 1926 Gültigkeit.

Halberstadt, den 18. November 1930.

Der Landrat. Müller.

Bekanntmachung.

Die Minenwerfer-Kompagnie hält am 25. 11. 30 auf dem großen Exerzierplatz ein Schießen mit leichten Sprengminen ab.

Das zu sperrende Gelände nach der Karte 1 : 25000 ist:

Nordgrenze: Linie Gürtelkopf—Forsthaus Thekenberge.
Ostgrenze: Gürtelkopf—Wegekreuz Wegeleben—Westerhausen—Langensteiner Weg.
Südgrenze: Langensteiner Weg ausschließlich.
Westgrenze: Westgrenze Exerzierplatz — Aussichtsturm — Punkt 142 Wegekreuz Langensteiner Weg—Westerhausen—Halberstadt.
Zeit: 8.00 bis 13.00 Uhr.
Absperrposten stellt die Kompagnie.

Halberstadt, den 18. November 1930.

Der Landrat. Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Der aufgestellte Baufluchtlinienplan für die projektierte Straße von der Kolonie nach dem schon früher beschlossenen und förmlich festgestellten Straßenzug Oberer Steigerweg—Schillerstraße liegt gemäß § 7 des Gesetzes betr. die Anlegung und Veränderung von Straßen und Plätzen vom 2. Juli 1875 in der Zeit vom 19. November 1930 bis einschl. 17. Dezember 1930 im Zimmer 21 des Rathauses während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht offen aus.

Etwaige Einwendungen müssen während dieser Zeit bei dem unterzeichneten Magistrat schriftlich oder auch zu Protokoll gelegt werden.

Thale, den 7. November 1930.

Der Magistrat. Schönermark.

Magnetopathische Behandlung!!

Bei nervösen Beschwerden, Nervenschmerzen Schlaflosigkeit, Migräne, Kopfschmerzen Rheuma, Gicht, Ischias, Kreuzschwäche usw. hilft **Kurt Sommer**, Magnetopath und geprüfter Wünschelrutenforscher, **Augustenstr. 7, part.** Sprechstunden von 9—13 Uhr

Naverma

Seifen billiger!
Werner-Seife, 250 g-St. n. 28 Pf.
Kernseife, gelb 250 g-St. n. 17 Pf.
Kernseif., weiß 250 g-St. n. 19 Pf.
Schmierseife . . 1 Pfd. n. 24 Pf.

Naverma

Freitag u. Sonnabend
frischgeschossene Hasen u. Fasanen
Gänse ganz und zerlegt
zum billigsten Tagespreis.
Ludwig Gemma,
Marktdalle, Stand 21.

Grünkohl
Pfd. 6 Pfg. 10 Pfd. 50 Pfg.
Starke
Schatzkammerlebensbüsche
äußerst billig, laufend abzugeben. **Huychausee 28**
Krankenhagen.

Rindfleisch
zum Kochen, Pfund 90 Pfg., zum Braten Pfund 100 Pfg., **Rouladen** Pfund 120 Pfg., Leber, Herz, Lunge, Euter
Kalbfleisch
Pfund 100 Pfg.,
Schafhammel 60—90 Pfg.
Pr. Mastgiegenhammelfleisch Pfund 90—60 Pfg.,
Schweinskotelett Pfd. 110 Pf.
26 Franziskanerstr. 26

Hamburger Fischhalle
Martinsplan 33,
Telephon 2172
Lebende Karpfen
Aale und Schleie
Täglich
frische Seefische.
ff. Räucherwaren
ff. Maties-Heringe

Backschinken in Brotteig.
P. Hampel Nachf.,
Holzmarkt 4 Telefon 1042

Zink-Badewanne zu verkaufen.
Harsleberstraße 3.

Freikarten haben keine Gültigkeit!

Täglich bis einschl. Sonntag
Lichtschauspiel-Haus
Ein Riesenerfolg
Die gestrige Erstaufführung verließen alle Besucher mit der Gewißheit, etwas derartig **Erschütterndes und Gewaltiges** noch nie gesehen zu haben!
Der stärkste und gewaltigste Ton- und Sprechfilm der Welt!

Vier von der Infanterie

Ihre letzten Tage an der
Westfront 1918
Das Schicksal von vier Frontsoldaten, die in Flandern kämpften. Frei bearbeitet nach dem vielgelesenen Roman von Ernst Johannsen
Der erste Sprech- und Ton-Film aus dem ereignisschweren Kriegsjahr 1918
Außerdem das reichhaltige Tonfilm-Programm
Anfangszeiten: Wochentags 1/5 Uhr, 8/47 Uhr, 3/49 Uhr
Sonntags 3 Uhr, 5 Uhr, 7 Uhr, 3/49 Uhr
Nur noch bis einschließl. Sonntag

Das größte aller Tonfilm-Ereignisse!
Ein Film, den jeder gesehen haben muß!

Laden gesucht
nur beste Lage, für Feinkost, Spezialität Darkäse. Angebote mit Mietpreis
Armin Armbruster,
Import, **Lüneburg.**

Zum Totenfest!
Kranzblumen
Wachsrosen in groß. Ausw. Dtzd. 40, 60, 100 Pf. usw.
Palmenwedel 50 75 Pf.
Grabauflieger mit Palmenwedel von 1 Mk. an
Perlkränze
wegen Aufgabe dies. Art. zur Hälfte des Preises
Drascher & Bock
Fischmarkt Nr. 15.

D&B

Thale (Harz)
Verkaufe **morgen Freitag** und **Sonnabend** bestimmt den ganzen Tag
fr. fettes Rindfleisch
Kochfleisch Pfd **0.80** Mk.
Schmorfleisch Pfd. **0.90** Mk.
Gebacktes Pfd. **0.90** Mk.
Gulasch Pfd. **0.90** Mk.
Rouladen Pfd. **1.00** Mk.
Fleischermeister
Albert Riegeler,
Rathrappenstraße 10—11

Ernst Johannsen
Westfront 1918
Vier von der Infanterie
ist **das Buch**, nach dem der **Tonfilm** hergestellt wurde. Zur Aufführung im Lichtschauspielhaus.
Aber vorher müssen Sie das Buch lesen!
Preis: **2.80** RM.
Buchhandlung „Halberstädter Tageblatt"

Billig! Billig!
Blutfrische grüne Heringe
Pfund **25** Pfennig
Garantiert blutfrische See-Fische
in Auswahl, alles ohne Kopf, koch- und bratfertig
Pfund 30 bis 35 Pfennig
Sundermanns Fischhalle Hoheweg 25 Telefon 2757
Zweig-Geschäft Düsternbraben 4.

Kränze empfiehlt in allen Preislagen
Frau Antonie Ringle b
Hoheweg 4.

Freibank Quedlinburg
Freitag, den 21. November von 13 bis 14 Uhr
15 Zr. Fleisch
rohes Rindfleisch Pfd. 50 Pfg., roh. Schweinefleisch Pfd. 60 Pf.

Schäfer-Martin-Salbe
geg. Hautschäden u. offene Beine. **Ratsapotheke.**

Puppenklinik
Perücken, Reparaturen, sämtliche Ersatzteile, Zöpfe, Billigste Preise! Eig. Arbeit
Haarhaus Herzbach,
Düsternbraben 1, Nähe Dom.

KAMMER KL LICHTSPIELE
Heute letztmals:
Johanna von Orleans — Porl.
Ab morgen Freitag bis nur einschl. Montag
Der neueste original-indische Großfilm der Ufa
„Schicksalswürfel"
Ein Königsdrama aus dem indischen Dschungel
Eine romantische Legende von Liebe und Haß aus dem Lande der tausend Wunder und Träume von Nirangan-Tal.
Indien, das Wunderland voller Geheimnisse und Mysterien — das Wunschland der Phantasie, die sich an der märchenhaften Pracht der indischen Schlösser, an der zauberhaften Schönheit der üppigen Landschaft berauscht, die schweigt in dem märchenhaften Reiz der Erzählungen und Legenden — ist der Schauplatz dieses an Ereignissen und Sensationen reichen Films.
Alle Rollen wurden ausnahmslos von indischen Darstellern gespielt!
Himansu Rai / Seeta Devi / Charu Roy
verstehen es durch ihre große Darstellungskunst die Kenntnis Indiens, seiner Sitten und Gebräuche auch dem Europäer begreiflich zu machen. Indische Fürsten gestatteten Außen- und Innen-Aufnahmen ihrer Schlösser und stellten die für die Aufnahmen notwendigen Elefanten und Pferde zur Verfügung.
Ferner:
Simba, der König der Tiere
Die interessanten und gefahrvollen Erlebnisse einer vierjährigen Filmexpedition in dem afrikanischen Busch.
In Aufnahmen von unerhörter Schönheit dringt die Kamera in das Dunkel der Wildnis, führt über die Einöden Ostafrikas, zeigt Tiere und Menschen im Kampf mit der unbarmherzigen Tropennatur. In sensationellen Bildern erfährt man die wahre Natur der Raubtiere, ihre Angriffslust, ihre Raubgier, wie sie die in Todesangst davonhetzenden Tiere überfallen.
Die neue U. L.-S.-Woche Kulturschau
Kinder haben am Sonntag zur 3 Uhr Vorstellung bei halben Preisen Zutritt!
Anfangszeiten Wochentags 5 1/5 Uhr
Sonntag 3 Uhr

Soziologische und schulpolitische Grundfragen der weltlichen Schule.
Nach Vorträgen von **Prof. Max Adler** und **Dr. Kurt Löwenstein.**
Preis nur 30 Pfg.
Buchhandlung
Halberstädter Tageblatt

Größte Auswahl Nappa-
Lederjacken
schwarz, farbecht Mk. 55.—
braun, farbecht Mk. 58.—
Textilwarenfabrik Röber, Halberstadt,
Quedlinburgerstraße 98.

Für jedes Weh
besonderen Tee!
Der Kräuter Kraft
Gesundheit
schafft.
Drogerie Kamm
Hoheweg 48, Ecke.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919301120-18/fragment/page=0008

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Molkenbuhr, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Reklame u Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313). Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 272 — Donnerstag, den 20. November 1930 — 5. Jahrgang

Arbeiter und Krise

Eine Kundgebung der Gewerkschaften in Düsseldorf.

Düsseldorf, 20. November. (Eig. Funkm.). Auf einer Kundgebung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sprach am Mittwoch vor etwa 1800 Gewerkschaftsfunktionären aus Rheinland und Westfalen der Bundesvorsitzende Leipart/Berlin über „Gewerkschaften und Wirtschaftskrise". Da niemand, so führte er u. a. aus, ein Mittel kenne, um die Wirtschaft von heute auf morgen wieder anzukurbeln, müsse zu Notmaßnahmen gegriffen werden. Die von den Gewerkschaften geforderte gesetzliche

Einführung der 40-Stundenwoche

nebst ihren sinngemäßen Ergänzungen biete die Möglichkeit der Wiedereingliederung von rund einer halben Million Erwerbsloser in die Betriebe. Die Gegenvorschläge der Arbeitgeber, Lohnkürzung oder Verlängerung der Arbeitszeit, seien abzulehnen, da es etwa ein Jahr dauern würde, bis sich die Lohnsenkung in einer Preissenkung auch für den letzten Verbraucher auswirken würde. Eine Lohnkürzung würde sich auch sofort in einem ebenso großen Kaufkraftausfall auswirken. Diese Vorschläge bedeuteten eine weitere Gefährdung der Wirtschaft. Deshalb hätten die Gewerkschaften die Schiedssprüche der letzten Zeit als einen Schlag gegen die Wirtschaft empfunden. Sie verlangten weiter ein angemessenes Gleichgewicht zwischen der Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung und der Kaufkraft der industriellen Bevölkerung. Leipart faßte seine Ausführungen zusammen in folgende

Leitsätze:

1. Kampf für die Revision und die schleunigste Aufhebung der Reparationsverpflichtungen, wobei wir uns klar darüber sind, daß der Erfolg nur allmählich und nur durch innere Geschlossenheit des deutschen Volkes gegenüber dem Ausland zu erzielen ist.
2. Entlastung der Wirtschaft, in erster Linie durch Sanierung der öffentlichen Finanzen, denn gesunde Finanzen sind Voraussetzung und Rückhalt einer gesunden Wirtschaft.
3. 40-Stundenwoche als Notmaßnahme, die allmählich die Gesundung der Wirtschaft vorbereiten kann.
4. Keine Senkung der Reallöhne, weil sie den Aufschwung der Wirtschaft verhindert.
5. Angleichung des deutschen Preiskegels an die Weltmarktpreise durch Bekämpfung unwirtschaftlicher Preisbindungen, durch Kartellkontrolle und Zollsenkungen.
6. Förderung einer zeitgemäßen Umstellung in der Landwirtschaft ohne Kaufkraftverschiebung zu Ungunsten der Arbeiterschaft. Kampf dem Uebergewinn im Zwischenhandel, die den Verbraucher ebenso ausbeuten wie die Erzeuger.
7. Kampf dem heutigen Zunftgeist der Innungen, die durch Verteuerung lebenswichtiger Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft schweren Schaden zufügen.
8. Förderung des genossenschaftlichen Zusammenschlusses bei Produzenten und Konsumenten. Unterstützung aller Bestrebungen, die die Genossenschafter der Erzeuger und Verbraucher zu gemeinsamen Handeln zusammenführen.

Leipart schloß seine Ausführungen mit dem Appell an die Gewerkschaftsfunktionäre, die Mitglieder und die große Zahl der immer Unentschiedenen zu stärken im Glauben an das Recht und den Erfolg gewerkschaftlichen Kampfes.

„Ueber Wirtschaftskrise und Kapitalismus"

sprach dann Naphtali-Berlin von der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik. Er erklärte u. a., daß die Reparationen gewiß eine schwere Last für die deutsche Wirtschaft bedeuteten, daß es aber falsch sei, die entscheidende Ursache der Wirtschaftskrise in den Reparationen zu erblicken. Die wirtschaftlichen Störungen in der Welt würden durch die Reparationen ohne Zweifel verschärft, **ihre Grundursache liege jedoch in der kapitalistischen Erzeugungsweise und im Verteilungssystem.** Es sei weiter falsch, wenn gesagt werde, daß es die Rationalisierung sei, die an der Wirtschaftskrise die Schuld trage. Wenn die deutsche Wirtschaft dem Zwange der Rationalisierung nicht gefolgt wäre, würde die Krise heute noch schärfer sein; denn bei einer technisch zurückgebliebenen Industrie wären wir nicht wettbewerbsfähig. Der Redner erklärte zum Schluß, die Löhne müßten so aufrechterhalten werden, daß zum mindesten ihre Senkung, soweit sie im Verlauf der Krise unvermeidlich sei, der Preissenkung zeitlich so folgt, daß mit ihr keine Verminderung, sondern eine Steigerung der Massenkaufkraft verbunden sei.

Der französische Spion.

Als Kronzeuge der Nazis für den „Dolchstoß".

Die Hugenberg- und Nazipresse hat, wie wir kürzlich schon mitteilten, einen neuen Kronzeugen für die berühmte Dolchstoßlegende erhalten. Bei den ausgezeichneten Verbindungen, die die so „nationale" Bewegung der Hakenkreuzler mit unseren ehemaligen Kriegsgegnern unterhält, erscheint es beinahe als eine Selbstverständlichkeit, daß dieser Kronzeuge aus Frankreich stammt. Es ist der Leutnant Pierre Desgranges, der während des Krieges ein Doppelleben führte: Geheimspionage mit dem französischen Generalstab und Lebensmittelhandel für das blockierte Deutschland. Mussolini in Rom, Herve in Paris, Lord Rothermere in London, der Zeitungskönig Hearst in Newyork sie alle hat der deutsche Nationalsozialismus in Anspruch genommen, um für seine Sache zu wirken. Zu ihnen tritt jetzt der französische Spion Desgranges.

Wer ist Desgranges?

Herr Josef Crozier hatte sich vor dem Kriege in Brüssel mit irgend welchen Geschäften befaßt. Nach der Besetzung Belgiens durch die deutschen Truppen kehrte er in seine Heimatstadt Lyon zurück. Im Dezember 1914 erhielt er vom Geheimen Nachrichtendienst des französischen Generalstabes den Auftrag, sich nach Barcelona zu begeben, um dort die Ausfuhr von Kriegsmaterial und kriegswichtigen Metallen zu überwachen. Einige Monate später wurde er mit einem ähnlichen Auftrag nach Holland entsandt. Hier leitete er als Leutnant Desgranges ein Spionagebüro, als Kaufmann Crozier errichtete er ein umfangreiches Importgeschäft für Oele und Fette. Die Erinnerungen dieses dunklen Lebens hat Crozier-Desgranges in einem Buche veröffentlicht, das im vorigen Jahre in französischer Sprache, vor einigen Monaten in deutscher Uebersetzung erschienen ist. Er selbst sagt, daß zwar die Ergebnisse seiner Spionagetätigkeit sorgfältig aufgeschrieben wurden, daß er aber bei der Schilderung der Ereignisse „zu meinem Gedächtnis allein Zuflucht nehmen" mußte. Daraus ist ein Gemenge von Dichtung und Wahrheit entstanden, bei dem die Fantasie des französischen Spions üppig wuchern konnte.

Der Spion und die deutsche Revolution.

Ueber den allergrößten Teil des Buches geht die nationalsozialistische Presse mit Stillschweigen hinweg, mit um so größerem Eifer stürzt sie sich auf die Erzählungen des Spions über seine angeblichen Beziehungen zu angeblichen deutschen Revolutionären, um daraus zu folgern: Die deutsche Sozialdemokratie hat den Dolchstoß gegen das siegreiche deutsche Heer geführt und sie wurde dafür von Frankreich bezahlt. Schon wird daran in der Rechtspresse die Behauptung geknüpft, Scheidemann, Dittmann, Crispien und andere sozialdemokratischen Führer hätten im Solde Frankreichs die Revolution in Deutschland durchgeführt. Gegenüber diesen Verleumdungen sind bereits Klageanträge gestellt und es wäre nur zu wünschen, daß recht bald in öffentlicher [illegible] gelegt werden [illegible] Desgranges wirklich [illegible]

Und [illegible] erhalten, die Ausmi[illegible] bachten. Die militär[illegible] keinung, daß Deutsch[illegible] habe und sie glaubt[illegible] zu können. Ein G[illegible] wäre, um am beten [illegible] Stelle, aus sich af[illegible] ungen tatsächl[illegible] muß selbst zugeb[illegible] die Revolution „mach[illegible] ndelt, sie ausbeut[illegible] Elend des Volk[illegible] waren die ersten [illegible] Wirren in D[illegible] selbst die „revol[illegible]

[illegible] nitee.

Es [illegible] Kaufmann Crozier [illegible] und Deserteure in H[illegible] Spitzels gespielt [illegible] was der Spion darüb[illegible]

[illegible] Pierre Desgranges [illegible] tion vorgestellt. Se[illegible] ecke vom Komi[illegible] danten der Revolu[illegible] Mitglied des großen „Liebknecht-Ledebour-Piecke-Protestkomitees" wieder, das heißt als einen der wirklichen Führer der deutschen Revolution.

Die intellektuelle Leitung der Bewegung, die anfangs mit dem Namen „Fabrikarbeiterorganisation" bezeichnet wurde, lag der Mehring-Partei ab, zu deren Mitglieder auch Liebknecht und Rosa Luxemburg gehörten. Aber die effektive Leitung ruhte in den Händen eines geheimen terroristischen Komitees, in dem Pierre Desgranges ein Platz vorbehalten war.

Die revolutionäre Partei wurde dann „Minderheitssozialisten" genannt. Ihr linker Flügel bildete unter Franz Mehring die Spartakus-Partei. Ihnen standen die vorzüglichen organisierten Mehrheitssozialisten gegenüber, die frühere Sozialdemokratie, unter Leitung von Scheidemann. Zwischen beiden

Protest der Beamten.

Gegen den vorzeitigen Gehaltsabbau.

Die Beamtenorganisationen erheben gegen den Beschluß der Reichsratsausschüsse, die Gehaltskürzung bereits am 1. Februar eintreten zu lassen, scharfen Protest.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes erklärt in eine Protestentschließung, daß wieder einmal „ohne sachliche Begründung die Beamten lediglich als Ausgleichsobjekt für politische Schwierigkeiten verwendet" würden. Wenn die amtliche Kundmachung es so darstelle, als ob es sich um die Deckung eines Mehraufwands handle, zu dessen „Tragung" die Länder einen „Ausgleich" erhalten müßten, so sei demgegenüber festzustellen, daß die geplante Gehaltskürzung bei den Landes- und Gemeindebeamten eine Ausgabenersparnis von mindestens 270 Millionen Reichsmark ausmacht, von der nach dem Vorschlag der Reichsregierung die Länder 170 Millionen erhalten sollten, während das Reich 100 Millionen für sich beanspruche. Es handele sich also bei der Vorverlegung des Termins lediglich um die Absicht einer Erhöhung der auf Kosten der Beamtenschaft erzielten Mehreinnahmen der Länder, keineswegs aber um einen Ausgleich für Mehrausgaben. Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes protestiere daher gleichzeitig gegen die Form der amtlichen Bekanntmachung, die geeignet sei, auch dieses neue, der Beamtenschaft zugemutete, einseitige Opfer in gänzlich falschem Lichte erscheinen zu lassen. —

Die Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes hat dem Reichsrat folgenden einstimmig gefaßten Beschluß zugeleitet: „Die Leitung des Deutschen Beamtenbundes ist erstaunt und empört über den Beschluß der Reichsratsausschüsse, wonach die von der Reichsregierung für den 1. 4. nächsten Jahres geplante Gehaltskürzung bereits am 1. Februar eintreten soll. Die Beamtenschaft hat jederzeit Verständnis für sachlich begründete Notwendigkeiten bewiesen. Sie lehnt jedoch entschieden ab, zum Objekt eines politischen Geschäfts gemacht zu werden. Die Bundesleitung erwartet von der Vollsitzung des Reichsrats, daß sie dem Beschluß seiner Ausschüsse nicht zustimmt."

Scholz tritt ab.

Dingeldey als neuer Führer der Volkspartei.

Der Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz hat seine Aemter als Vorsitzender der Partei und der Reichstagsfraktion niedergelegt. In einem Schreiben an den Vorstand der Volkspartei schlägt Dr. Scholz den Reichstagsabgeordneten Dingeldey als seinen Nachfolger vor. Der engere Vorstand der Volkspartei hat daraufhin einstimmig beschlossen, dem Zentralvorstand, der zum 30. November nach Berlin einberufen ist, die Wahl Dingeldeys zum Parteivorsitzenden zu empfehlen.

Scholz begründet seinen Rücktritt mit seinem Gesundheitszustand, der u. W. in der Tat viel zu wünschen übrig läßt. Trotzdem spielen bei seinem Verzicht auf die Führung der Volkspartei politische Gründe mit. In seinem Abschiedsbrief spricht Scholz zum Schluß von einer „unzweifelbaren Niederlage", die seine Partei bei den letzten Wahlen erlitten hat. Diese Niederlage, das mangelhafte Geschick des Herrn Scholz bei den Verhandlungen um die große Mittelpartei kurz vor den Wahlen und seine Niederlage in dem Kampf um die Präsidentenschaft des Reichstags sind es gewesen, die ihn in weiten Kreisen seiner Partei um ein gutes Stück des Vertrauens gebracht haben und es maßgebenden Kreisen der Volkspartei dringend angebracht erscheinen ließen, ihm den Rücktritt von der Führung der Partei anzuempfehlen. Man hat den Rücktritt des Herrn Scholz nicht erzwungen, aber man kann ebensowenig sagen, daß er von sich aus ohne Initiative von dritter Seite seinen Abschied genommen hätte. Die Opposition gegen ihn ist in den letzten Wochen von Tag zu Tag größer geworden. Die Kräfte, die gegen ihn standen, drängten tagtäglich stürmischer nach einer Aenderung in der Führung der Partei. Dieser Situation hat Herr Scholz nicht ohne anfängliches Widerstreben in der Erkenntnis Rechnung getragen, daß sonst in aller Kürze über seinen Kopf hinweg gehandelt worden wäre. Insofern kann man auch Herrn Scholz wie Herrn Koch von der Staatspartei als Opfer jener Krise bezeichnen, in der sich z. Zt. sämtliche bürgerlichen Parteien befinden.

Es ist nach dem Beschluß des engeren Vorstandes der Volkspartei anzunehmen, daß Dingeldey der Nachfolger des Herrn Scholz als Führer der Volkspartei wird. Er vertritt innerhalb der volksparteilichen Reichstagsfraktion die gemäßigte Richtung und gilt auch außerhalb seiner Partei als besonnener Politiker.

Zusammenbruch einer Aktion.

Das Urteil im Ulmer Reichsbanner-Prozeß.

Ulm, 19. November. (Eig. Drahtb.). Am Dienstag wurde im Ulmer Reichsbanner-Prozeß das Urteil gefällt, das einen glatten Zusammenbruch der groß aufgezogenen Anklage bedeutet. Der Obmann des Reichsbanners, Friedrich, den die Anklage als Rädelsführer bezeichnet hat, sowie die Angeklagten Wolff, Rall, Ziegler, Bucher, Hammer, Diewock, Hermann, Mieroff und Battram wurden freigesprochen. Verurteilt wurden der Angeklagte Wiedemann wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz zu sechs Tagen Haft und wegen Körperverletzung zu 24 Tagen Gefängnis, der Angeklagte Kroll wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz zu drei Tagen Haft und wegen Körperverletzung zu 21 Tagen Gefängnis, der Angeklagte Sall wegen Körperverletzung zu 14 Tagen Gefängnis.

So zweifelhaft es ist, ob selbst diese Strafen als berechtigt anerkannt werden können, so bedeuten sie doch den Zusammenbruch einer Polizei- und Justizaktion, die den Zweck hatte, dem Reichsbanner einen Strick zu drehen. Dieser Streich ist mißglückt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919301120-18/fragment/page=0009